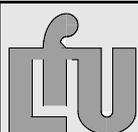


Agenda-Büro



Arbeitsmaterialie 30:

*Soziales und Miteinander in der
Lokalen Agenda 21*



Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg

Postfach 210 752 - 76157 Karlsruhe - Telefon: 0721/983-1406 - Fax: 0721/983-1414

E-Mail: agendabuero@lfuka.lfu.bwl.de - Internet: <http://www.lfu.baden-wuerttemberg.de>

Impressum

Stand: November 2003

Herausgeber: Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg

Redaktion: Gerd Oelsner, Agenda-Büro,
Ute Rothengass, Agenda-Büro
75157 Karlsruhe, Postfach 210752
Tel.: 0721/983-1406,
Fax: 0721/983-1414,
E-Mail: agendabuero@lfuka.lfu.bwl.de
<http://www.lfu.baden-wuerttemberg.de>

Bearbeitet von: Sabine Weissinger, Freie Journalistin,
Recherche, Text und Redaktion,
Barchetstraße 6, 70569 Stuttgart,
Tel.: 0711/656-7683
Fax: 0711/656-7694
E-Mail: weissinger@web.de

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Zustimmung des Herausgebers unter Quellenangabe und Überlassung von Belegexemplaren gestattet.

Inhalt

	Seite
1. Soziales und Miteinander in der Lokalen Agenda 21 - Einleitung.....	4
2. Soziale Themen in der Agenda 21.....	5
2.1 Indikatoren für soziale Nachhaltigkeit.....	5
2.2 Schwerpunktthema Armut.....	6
2.3 Schwerpunktthema Gesundheit.....	7
2.4 Schwerpunktthema Arbeit und Ausbildung.....	9
2.5 Leitbilder und Sozial - Diskurs.....	9
3. Miteinander für die soziale Stadt.....	10
3.1 Das Bund-Länder-Programm "Soziale Stadt".....	10
3.2 Landesbüro Ehrenamt (Ministerium für Kultur, Jugend und Sport).....	12
3.3 Stabsstelle Bürgerschaftliches Engagement (Sozialministerium).....	12
3.4 Die Initiative "Kommunale Kriminalprävention".....	14
4. Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen.....	15
4.1 Kinder und Jugendliche.....	15
4.2 Jung und Alt, Senioren.....	16
4.3 Menschen mit Behinderungen.....	17
4.4 Migrant*innen.....	19
4.5 Frauen.....	20
5. Beispielhafte Aktionen zum Thema Soziales und Miteinander in der Lokalen Agenda 21 - Übersicht.....	22
Beispiele zu 2: Soziale Themen in der Agenda 21.....	24
Beispiele zu 3: Miteinander für die soziale Stadt.....	30
Beispiele zu 4: Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen.....	42

Soziales und Miteinander in der Lokalen Agenda 21 - Einleitung

Zahlreiche Aktionen und Projekte der Lokalen Agenda 21 in den Städten und Gemeinden Baden-Württembergs beziehen sich auf soziale Themen. Um die Planung und Durchführung von Agenda-Projekten zum Themenbereich "Soziales und Miteinander" zu unterstützen, gibt die vorliegende Arbeitsmaterialie einen Überblick über die wichtigsten Ansprechpartner auf Landesebene und informiert über landes- und bundesweite Fördereinrichtungen und -programme.

Den Anspruch auf Vollständigkeit kann die Arbeitsmaterialie nicht erfüllen. Vielmehr sollen erste Anlaufstellen genannt und dadurch die eigene Suche nach Unterstützung für konkrete Agenda-Aktionen und -Projekte erleichtert werden - sei es Unterstützung in Form von Hintergrundinformationen, Beratung und Know-how-Transfer, durch Kontaktvermittlung, Kooperationsmöglichkeiten oder durch finanzielle Hilfen.

Aufbau der Arbeitsmaterialie

Angelehnt an die Inhalte der Agenda 21, das 1992 in Rio verabschiedete Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert, umfasst die Arbeitsmaterialie folgende Kapitel:

2. Soziale Themen in der Agenda 21
3. Miteinander für die soziale Stadt
4. Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen

Der anschließende Praxisteil der Arbeitsmaterialie zeigt beispielhafte Aktionen der Lokalen Agenda zu diesen drei Kapiteln auf.

Ansprechpartner:
Landesanstalt für Umweltschutz
Baden-Württemberg
Agenda-Büro, Gerd Oelsner
Griesbachstr. 1
76185 Karlsruhe
Tel. 0721/983-1406

Internet: www.lfu.baden-wuerttemberg.de,
Rubrik "Agenda-Büro"

Soziales und Miteinander in der Lokalen Agenda 21 - zentrale Ansprechpartner

Bei fast allen Projekten zum Themenbereich "Soziales und Miteinander" sind die Träger der freien Wohlfahrtspflege hilfreiche Beratungs- und Anlaufstellen. Sie bieten fachliches Know-how, vermitteln Kontakte zu örtlichen Verbänden, Einrichtungen und Initiativen und fungieren nicht zuletzt als potenzielle Projektpartner. Ihr Aufgabenbereich umfasst soziale und pflegerische Dienste u.a. in der Jugendhilfe, Familienhilfe, Alten- und Behindertenhilfe, bei der Integration von Migranten und für Menschen in besonderen sozialen Situationen.

Kontaktadressen sind unter www.liga-bw.de veröffentlicht, der Homepage der Liga der freien Wohlfahrtspflege Baden-Württemberg. Mitglied der Liga sind u.a. folgende Verbände:

- Caritasverband,
- Diakonisches Werk,
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband (DPWV),
- Arbeiterwohlfahrt (AWO),
- Deutsches Rotes Kreuz (DRK).

Kontakt zu Wohlfahrtsverbänden in Baden-Württemberg über:
Liga der freien Wohlfahrtspflege e.V.
Augustenstr. 63
70178 Stuttgart
Tel. 0711/61967-0
Internet: www.liga-bw.de

Wichtige Anlaufstellen und Kooperationspartner bei Projekten der Lokalen Agenda 21 sind außerdem die Netzwerke und Verbände der kommunalen Ebene:

- Städtetag (Kontakt und Informationen unter www.staedtetag-bw.de),
- Gemeindetag (www.gemeindetag-bw.de),
- Landkreistag (www.landkreistag-bw.de).

Themenspezifische Ansprechpartner im Bereich Soziales/Miteinander sind auf den Folgeseiten dieser Arbeitsmaterialie angegeben.

2. Soziale Themen in der Lokalen Agenda 21

2.1 Indikatoren für soziale Nachhaltigkeit

"Es müssen Indikatoren für nachhaltige Entwicklung entwickelt werden, um eine solide Grundlage für Entscheidungen auf allen Ebenen zu schaffen", fordert die Agenda 21 in ihrem Schlusskapitel. Nachhaltigkeitsindikatoren sind damit Kenngrößen für die Trendbeschreibung zentraler Problemfelder einer nachhaltigen Entwicklung, zu denen die soziale und die partizipatorische Dimension ebenso wie die ökologische und ökonomische Dimension gehören. Für diese vier Dimensionen einer nachhaltigen Entwicklung hat der **Leitfaden "Indikatoren im Rahmen einer Lokalen Agenda 21"** Teilziele und Indikatoren für Kommunen entwickelt.

Jeder Dimension werden dabei sechs Teilziele zugeordnet, für die jeweils ein Basis-Indikator als Kennzahl vorgeschlagen wird. Im Bereich Gesellschaft (Soziales) sind dies:

- Gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen: Zahl der Sozialhilfeempfänger je 1.000 Einwohner (EW; differenziert nach Frauen und Männern),
- Hohes Niveau von Aus- und Weiterbildung: Anzahl der Ausbildungsstellen je 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte,
- Ausgewogene Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur: Zahl der Zu- und Fortzüge pro 1.000 EW, Wanderungssaldo,
- Hohes kulturelles Angebot: Teilnahmequote bei Veranstaltungen der drei größten Fort- und Weiterbildungseinrichtungen,
- Hohes Gesundheitsniveau: Anteil der übergewichtigen Kinder gemäß der Schuleingangsuntersuchung,
- Hohes Sicherheitsniveau: Bekannt gewordene Straftaten je 1.000 EW.

Auch die Dimensionen Wirtschaft und Partizipation enthalten wichtige Teilziele und Indikatoren für

das Thema "Soziales/Miteinander":

- Gleichmäßige Verteilung von Arbeit und Beschäftigung: Arbeitslosenquote (differenziert nach Frauen und Männern),
- Hohes ehrenamtliches Engagement: Zahl der eingetragenen Vereine je 1.000 EW,
- Gleichberechtigte Teilnahme von Frauen am öffentlichen Leben: Anteil der Frauen im Kommunalparlament,
- Verbesserung der Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen: Kommunale Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit in Prozent des kommunalen Haushalts

Die Basis für Nachhaltigkeitsberichte

Zu jedem der insgesamt 24 Teilziele und Basis-Indikatoren werden noch jeweils drei Ergänzungsindikatoren genannt, die alternativ oder zusätzlich verwendet werden können. Die Indikatoren sollen dann in kommunalen Nachhaltigkeitsberichten abgebildet und interpretiert werden. Damit kann die Kommune die Grundlagen ihrer Politik überprüfen, diskutieren und verbessern. Indikatoren verdeutlichen Defizite, Handlungsbedarf und Verbesserungsmöglichkeiten. Sie zeigen besonders durch die Jahresreihen der Kennzahlen Erfolge und Fortschritte auf. Sie ermöglichen eine Auseinandersetzung mit der örtlichen Entwicklung und Zukunftsgestaltung.

Nachhaltigkeitsberichte übersetzen anhand plastischer Indikatoren den sperrigen Begriff "Nachhaltigkeit" ins Konkrete. Sie bilanzieren die nachhaltige Entwicklung vor Ort und schaffen die Entscheidungsgrundlagen, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Dabei geben sie auch Anstöße für konkrete Projekte in der Kommune, wie das Beispiel "Kindergesundheit" aus Karlsruhe zeigt (siehe Seite 25).

Zur besseren Umsetzung der Indikatoren bietet das Agenda-Büro der LfU ein umfangreiches Serviceangebot. Der genannte Leitfaden erleichtert die Erhebung der Indikatoren; für die Erstellung eines Nachhaltigkeitsberichtes ist ein Musterbericht auf CD-ROM erhältlich. Das Agenda-Büro bietet ferner Einstiegsworkshops, Vorträge und

Beratertage vor Ort an.

Weitere Informationen:
 Agenda-Büro Baden-Württemberg, Landes-
 anstalt für Umweltschutz, 76199 Karlsruhe,
 Griesbachstraße 1, Tel. 0721/983-1406

2.2 Schwerpunktthema Armut

"Die Ausrottung von Armut und Hunger, eine größere Ausgewogenheit der Einkommensverteilung und die Erschließung und Weiterentwicklung menschlicher Ressourcen bleiben weiterhin die größten Herausforderungen [...], insbesondere der kommunalen und lokalen Ebene", heißt es in Kapitel 3 der Agenda 21. Programme zur Armutsbekämpfung sollen eine Langzeitstrategie enthalten, um die Ungleichheit zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen auszugleichen und die am stärksten benachteiligten Gruppen - insbesondere Frauen, Kinder und Jugendliche - sowie Flüchtlinge unterstützen.

Obwohl das Standard-Maß von Land zu Land sehr unterschiedlich ist: Auch bei uns leben immer mehr Menschen deutlich unter dem durchschnittlichen Einkommensniveau in "relativer" Armut. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander.

Was ist Armut? Unser Sozialstaat-Modell beinhaltet das "Gebot einer Teilhabe an der gesellschaftlichen Normalität für alle Bürger". Arm ist also, wer in einem oder mehreren Lebensbereichen wie Wohnen, Arbeiten, schulischer oder beruflicher Bildung sowie sozialen oder kulturellen Bereichen wesentliche Einschränkungen erfährt.

Informationen, Kontakte, lokale Aktionen

Der Bericht "Armut und Ungleichheit in Deutschland", im Jahr 2000 von Hans-Böckler-Stiftung, DGB und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband (DPWV) herausgegeben und im Buchhandel erhältlich, beschreibt die Situation in Deutschland. Er enthält wichtige Hintergrundinformationen für Agenda-Gruppen, die Aktionen im Bereich Armutsbekämpfung planen: z.B. Analysen der Einkommenslage ausgewählter Armutsgruppen, darun-

ter Arbeitslose, Familien mit Kindern, Alleinerziehende, Migranten, behinderte Menschen. Beim DPWV hat außerdem die Straffälligen- und Wohnungslosenhilfe sowie die Schuldnerberatung Tradition. Über diese Aktionsbereiche können sich Agenda-Gruppen dort ebenfalls informieren. Außerdem vermittelt der DPWV Kontakte zu seinen Kreisverbänden als potenzielle Kooperationspartner - wie auch zu anderen Initiativen im Land, die bereits ähnliche Projekte durchgeführt haben und von deren Erfahrungen man bei der Projektplanung und -umsetzung profitieren kann.

Ansprechpartner:

- Paritätischer Wohlfahrtsverband Baden-Württemberg:

Dr. Hermann Frank, Referent für Planung und Grundsatzfragen

Haußmannstr. 6, 70188 Stuttgart

Tel. 0711/2155-208

Internet: www.paritaet-bw.de.

- www.agsbv.de (Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände):

Infos zur Aktionswoche 2003 "Geschäfte mit der Armut".

www.2015.venro.org (Verband Entwicklungspolitik deutscher NRO):

"Perspektive 2015 - Armutsbekämpfung braucht Beteiligung".

Kreisverbände des DPWV sind zum Beispiel an folgenden Aktionen beteiligt:

Kreis-Armutskonferenz Tübingen. Dort wurden Ziele und Aufgaben der Armutsbekämpfung wie folgt auf die lokale Ebene übertragen:

- Information der Öffentlichkeit über Probleme der von Armut Betroffenen,
- Anwaltschaft für die Betroffenen in der öffentlichen Debatte,
- Diskussion und Kommunikation über Lösungsansätze der sozial Schwachen mit Bürgern, Mandatsträgern, Fachleuten, Wirtschaft und Wissenschaft,
- Forum für die Personen und Gruppen, die Armut bekämpfen und sich für soziale Werte und Errungenschaften

- einsetzen,
- Weiterentwicklung und Vernetzung von kommunalen Ansätzen, welche die Armut bekämpfen.

Die Tübinger Kreis-Armutskonferenz wurde nach dem Vorbild der Nationalen Armutskonferenz gegründet, um gemeinsam gegen Ausgrenzung sozialer Minderheiten und Sozialabbau aktiv zu werden. Ihre vorrangigen Themen sind: Armut und Gesundheit, Zukunft der Behindertenhilfe, Wohnsituation von Flüchtlingen und Aussiedlern. Näheres zu ihrem Projekt "Sozialbericht" siehe Seite 24.

Das Reutlinger **Spendenparlament** entwickelt bzw. fördert Initiativen und Aktionen gegen Armut, Isolation und Ausgrenzung. Welche Aktionen unterstützt werden, das entscheiden die Mitglieder des Spendenparlaments: Reutlinger Bürger, die sich über Spenden und Jahresbeiträge ihr Stimmrecht sichern. Seit 1999 unterstützt die Initiative z.B. einen Tafelladen mit preisgünstigen Lebensmitteln für Bedürftige und Kochkurse für arme Familien und führt medien- und öffentlichkeitswirksame Aktionen wie den "Spendenmarathon" durch.

Mehr Informationen im Internet unter: www.reutlinger-spendenparlament.de.

Ein weiteres Beispiel aus dem Themenbereich Armut und Gesundheit ist das Reutlinger Projekt **Lobby-Restaurant "Unter den Leuten"**. Das Prinzip: Solidar-Esser bezahlen 4,40 Euro für ihr Mittagessen und finanzieren dadurch Bedürftigen, die 2,20 Euro aufzubringen haben, die Mahlzeit. Ergänzt wird das Angebot durch ein Kulturprogramm mit Ausstellungen und Vorträgen.

2.3 Schwerpunktthema Gesundheit

Die menschliche Gesundheit (Kapitel 6 der Agenda 21) ist für den globalen Entwicklungsprozess von größter Bedeutung: Einerseits stellt Gesundheit einen zentralen Grundwert an sich dar. Andererseits ist sie Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung, die durch kranke Menschen kaum realisiert werden kann. "Angesichts rasanter Umweltveränderungen mit potenziellen Auswir-

kungen auf die Gesundheit ist es erforderlich, weltweite Konzepte des Gesundheitsschutzes zu nutzen", so Dr. Michael Schwenk vom Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg (LGA) mit Blick auf Klimaveränderungen, Bodenerosion, Wasserverschmutzung und weitere Entwicklungen, etwa in den Bereichen Verkehr und Städtebau. Gesundheit ist ein Querschnittsthema - auf globaler wie auch auf kommunaler Ebene: "Viele Aktionen der Lokalen Agenda 21 haben, selbst wenn nur relativ wenige das Thema Gesundheit direkt aufgreifen, einen gesundheitlichen Bezug."

Das LGA als Teil des öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) dient als Ansprechpartner bei Agenda-Aktionen zum Thema Gesundheit und Vorsorge. Der ÖGD ist in lokale und regionale Agenda-Prozesse eingebunden, sei es durch Arbeitskreise zu Allergie oder Lärm, bei baubiologischer Beratung, Umweltambulanz, Workshops z.B. zu Essstörungen und bei anderen Agenda-Projekten (z.B. in Brackenheim: Leitfaden "Psychosoziale Hilfsangebote", siehe Seite 40; im Ostalbkreis: "Dekubituserfassung" und "Pflegefürer", Seite 26). Immer wichtiger wird die Bildung sozialer Netzwerke wie "Gesunde Schule" oder "Gesunde Stadt" (siehe Seite 25).

Der ÖGD hat regionale Arbeitsgemeinschaften für Gesundheit eingerichtet, in die alle relevanten Partner eingebunden sind. Durch die organisatorische Struktur des ÖGD, die vom Sozialministerium bis zu den Gesundheitsämtern reicht, kann das LGA als fachliche Leitstelle Kontakte zu den Gesundheitsbehörden vor Ort vermitteln. Das LGA informiert über umweltmedizinische Aspekte (Publikationsreihe "Umed Info"). Und es ist zuständig für die Einbindung des ÖGD in die Agenda 21 und die Umsetzung des Aktionsprogramms "Umwelt und Gesundheit" innerhalb des ÖGD.

Ansprechpartner:
Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg
Referat 11: Grundsatzfragen
Prof. Dr. Michael Schwenk,
Dr. Hans-Werner Jaroni
Wiederholdstr. 15, 70174 Stuttgart
Tel. 0711/1849-313, -312
Internet: www.lga.bwl.de

Das Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit (APUG)

Das 1999 von Bundesgesundheits- und Bundesumweltministerium initiierte "Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit" (APUG) soll die Zusammenarbeit an der Schnittstelle zwischen Umwelt- und Gesundheitspolitik verbessern, Impulse für die weitere Entwicklung des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes liefern und den gesundheitlichen Umweltschutz im Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit verankern. Im Aufgabenschwerpunkt "Kinder, Umwelt, Gesundheit" wurde im März 2002 die Pilotphase einer Studie zum Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen abgeschlossen. An der Hauptphase des "Kinder-Umweltsurveys" sollen bis Ende 2006 bundesweit rund 20.000 Kinder mitwirken. Weitere Bestandteile des APUG sind zum Beispiel:

- die Vernetzung von NROs (Kinder- und Jugendorganisationen, Umweltverbände, Elterninitiativen, umweltmedizinische Gesellschaften etc.) im "Netzwerk Kindergesundheit",
- die Förderung der Prävention durch NROs,
- die Entwicklung von überregional abgestimmten Basis-Indikatoren für den umweltbezogenen Gesundheitsschutz bei Kindern,
- ein Wettbewerb für Städte und Kommunen zur Durchführung eines Forums "Kinder, Umwelt und Gesundheit",
- Projekte zur nachhaltigen Mobilitätserziehung in der Schule sowie
- ein Modellprojekt zur Umsetzung des APUG auf lokaler Ebene.

Als Informationsquelle für die Agenda-Arbeit zu empfehlen: Ein im Jahr 2003 veröffentlichter Statusbericht informiert über die im Rahmen von APUG bisher durchgeführten und laufenden Projekte und nennt Literatur, Internet-Links und Ansprechpartner für weitere Informationen.

Der Bericht kann kostenlos bestellt oder unter www.apug.de heruntergeladen werden.

Ansprechpartner:

Geschäftsstelle APUG, Umweltbundesamt,
Fachgebiet II 2.1, Dr. Hedi Schreiber,
Postfach 33 00 2, 14195 Berlin, Tel.
030/8903-1105, Internet: www.apug.de

Selbsthilfegruppen: Ansprechpartner und Akteure der Lokalen Agenda 21

Angefangen bei AIDS-Hilfe, Selbsthilfegruppen chronisch Kranker, Gruppen der Suchtkrankenhilfe oder der Behindertenhilfe bis hin zu Zusammenschlüssen von Alleinerziehenden oder Arbeitslosen: Die Selbsthilfebewegung umfasst inzwischen alle Bereiche vor allem der Gesundheits-, aber auch der Familien-, Gesellschafts- und Sozialpolitik. Lokal und regional aktive Selbsthilfegruppen sind wichtige Ansprechpartner für fachliche Hintergrundinformationen. Sie gehören zu den möglichen Akteuren im lokalen Agenda-Prozess, und sie kommen als Kooperationspartner bei konkreten Agenda-Projekten in Frage. Mehrere Internet-Plattformen erleichtern die Suche und Kontaktaufnahme mit Selbsthilfegruppen. Die beiden umfassendsten Plattformen auf Landes- und Bundesebene:

- www.selbsthilfe-info.de, eingerichtet vom Paritätischen Wohlfahrtsverband Baden-Württemberg, umfasst derzeit rund 4.200 im Land aktive Gruppen.
- www.nakos.de, betreut von der Nationalen Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen (NAKOS), gibt einen bundesweiten Überblick.

Die Suche erfolgt durch Eingabe von Ort/Postleitzahl oder nach Kategorie/Aufgabenbereich.

Weitere Ansprechpartner über:

Landesarbeitsgemeinschaft der Kontakt- und Informationsstellen für Selbsthilfegruppen
c/o KISS Stuttgart
Marienstr. 9
70178 Stuttgart

2.4 Schwerpunktthema Arbeit und Ausbildung

Auf Seite 27 ist ein Projektbeispiel zum Themenbereich Arbeit und Ausbildung aufgeführt: die Aktion "Patenschaften für arbeitslose Jugendliche" in Schwäbisch Gmünd.

Informationen und weitere Beispiele zu diesem Schwerpunktthema enthält die **Arbeitsmaterialie "Einbindung der Wirtschaft in die Lokale Agenda 21"**.

Die Arbeitsmaterialie kann beim Agenda-Büro Baden-Württemberg kostenlos bestellt oder unter der Internet-Adresse www.lfu.baden-wuerttemberg.de heruntergeladen werden.

2.5 Leitbilder und Sozial-Diskurs

Ob Gesundheit, Armut oder Arbeit und Ausbildung: Die Themen und Handlungsfelder der Agenda 21 werden auf der lokalen Ebene im jeweiligen Leitbild-Prozess ausgestaltet, verknüpft und an die örtlichen Gegebenheiten angepasst. Wie ein solcher Prozess ablaufen kann, sollen zwei Projektbeispiele aufzeigen, die sich vor allem auf soziale Themen- und Aufgabenbereiche konzentrieren:

- Sozialdiskurs und Sozial-Agenda in "Ulm - eine Stadt der Solidarität" (siehe Seite 28),
- Leitbild mit Schwerpunkt Soziales und Miteinander in den Gemeinden Rheinfeldern/ Baden, Rheinfeldern/Schweiz (Seite 29).

3. Miteinander für die soziale Stadt

"Ein wesentlicher Faktor für die wirksame Umsetzung [...] aller Programmbereiche der Agenda 21 ist das Engagement und [...] die umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit an der Entscheidungsfindung. Darüber hinaus hat sich [...] die Notwendigkeit neuer Formen der Partizipation ergeben (Lokale Agenda 21)". Kapitel II dieser Arbeitsmaterialie beschäftigt sich daher mit Bürgerbeteiligung und gemeinschaftlichem Engagement für ein soziales Lebensumfeld.

3.1 Das Bund-Länder-Programm "Soziale Stadt"

Zur Förderung einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung heißt es in der Agenda 21: "Oberstes Ziel ist, die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen, die Umweltqualität sowie die Lebens- und Arbeitswelt v.a. von Armutgruppen zu verbessern." Dieser Maxime dient das 1999 aufgelegte Bund-Länder-Programm "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt". Es erfüllt auch die Vorgabe der Agenda 21, die genannten Verbesserungen u.a. dadurch zu erreichen, dass die Öffentlichkeit am Entscheidungsprozess beteiligt wird. Die Ansatzpunkte des Programms sind:

- Förderprogramme ressort- und ämterübergreifend zu bündeln,
- nicht-investive Maßnahmen stärker zu berücksichtigen,
- Bürgerschaft, Betriebe und Wohnungsunternehmen im Quartier aktiv einzubeziehen,
- neue Verwaltungs- und Managementstrukturen zu erproben.

Dabei kommt der Gemeinwesenarbeit und Projektentwicklung aus der unmittelbaren Lebenswelt der Quartiersbewohner eine besondere Bedeutung zu. Ausschlaggebend ist ein "kooperatives Stadtteilmanagement", gemeinschaftlich konzipiert und umgesetzt von Politik und Verwaltung, den Stadtteilakteuren (Bürgern, Initiativen, Gewerbe), Wirtschaft, Wohnungsunternehmen und den Trägern von Sozialarbeit und Beschäftigungsförde-

rung.

Integrierte Stadtteilentwicklung

"Das Programm wird Erfolg haben, wenn die Bewohner aktiv mitwirken, die lokalen und lokal wirksamen Akteure engagiert zusammenarbeiten, und wenn Politik und Verwaltung das Programm wirklich wollen", so das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu), das im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums die Dokumentation, Vernetzung und fachliche Begleitung übernommen hat. Von einer engagierten und kreativen Umsetzung des Programms erwartet das Difu folgende Wirkungen:

- **soziale** Impulse (z.B. Aktivierung und Förderung der Potenziale im Quartier, Stärkung von Selbstverantwortung, Verlagerung von Entscheidungsbefugnissen ins Gebiet, Erhöhung der Sicherheit),
- **ökonomische** Impulse (z.B. Beschäftigung und Qualifizierung, Stabilisierung lokaler Unternehmen, Tauschbörsen-siehe hierzu auch das Projektbeispiel auf Seite 33, Dienstleistungstauschring MaDiTa in Mannheim),
- **ökologische** Impulse (z.B. Energieeinsparung, Verkehrsreduzierung, Lärmschutz, Entsiegelung, Begrünung, Renaturierung),
- **kulturelle** Impulse (z.B. Weiterentwicklung der Quartiersidentität, Ausweitung der Angebote für Bildung/Spracherwerb, Stärkung des nachbarschaftl. Zusammenlebens, Einrichten von Treffpunkten/Quartierszentren),
- **baulich-städtebauliche** Impulse (z.B. bewohnerorientierte Modernisierung, Verbesserung von Infrastruktur und Wohnumfeld),
- **partizipatorische** Impulse (z.B. Mitwirkung an der Quartiersentwicklung, Agenda-Gruppen, Selbst-/Nachbarschaftshilfe),
- **politisch-administrative** Impulse (z.B. gebietsorientierter Einsatz verschiedener Fachpolitiken, Bündelung investiver und nichtinvestiver Maßnahmen, Einrichtung von Quartiersbudgets).

Die Finanzierung der Stadtteilentwicklungsprojekte, die im Rahmen der "Sozialen Stadt" durchgeführt werden, teilen sich Bund, Land und die jeweiligen Kommunen mit je einem Drittel. Die Finanzhilfe ist beschränkt auf Investitionen (v.a. bauliche Maßnahmen) und deren Vorbereitung (z.B. Durchführung der hierbei vorgesehenen Bürgerbeteiligung, auch: Quartiersmanagement). Nicht übernommen werden also z.B. die Personalkosten eines im Rahmen des Programms errichteten Jugendzentrums - wofür aber eventuell eines der Partnerprogramme aufkommt.

Auf Bundesebene beziehen sich vor allem zwei ergänzende Förderprogramme ausdrücklich auf die Gebiete der "Sozialen Stadt":

- das Programm "Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten (E&C)" des Bundesfamilienministeriums,
- das Programm "Integration von Aussiedlern" des Bundesinnenministeriums.

Weitere ergänzende Programme und Initiativen im Bundesbereich: siehe unter www.soziale-stadt.de/programm/; Integrierbare Förderprogramme des Landes: www.wm.baden-wuerttemberg.de/htm/global/Integrierbare.pdf.

"Soziale Städte" in Baden-Württemberg

Die am Programm teilnehmenden Gebiete sind in der Regel hochverdichtete, einwohnerstarke Stadtteile, die erhebliche Defizite aufweisen hinsichtlich: Sozialstruktur, baulicher Zustand, Arbeitsplatzangebot, Ausbildungsniveau, Ausstattung mit sozialer und stadtteilkultureller Infrastruktur, Qualität der Wohnungen, des Wohnumfelds und der Umwelt.

Zuständig für die Auswahl der Programmgebiete sind die Länder, in Baden-Württemberg das Wirtschaftsministerium. Es legt die Gebiete (landesweit insgesamt 27, Stand Oktober 2003) jährlich neu fest. Das einzige Modellgebiet im Land ist das Quartier Langenrain, Singen. Zu den dortigen Entwicklungszielen gehört, der Tendenz zur

Gettoisierung entgegenzuwirken und eine stärkere soziale Durchmischung der Bewohnerschaft zu erreichen.

Projektdokumentation: siehe unter www.soziale-stadt.de/gebiete/programmgebiete/.

Dort ist auch eine Übersicht über alle am Programm teilnehmenden Stadtteile veröffentlicht.

Ablauf und mögliche Ausgestaltung der integrierten Stadtteilentwicklung werden auf Seite 31 am Beispiel des Programmgebiets Oststadt-Südwest in Karlsruhe beschrieben. Zukunftsfähige Stadtentwicklung außerhalb des Programms "Soziale Stadt" veranschaulicht das Beispiel "Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010", Seite 30.

Das Landesbüro Ehrenamt, 1996 eingerichtet beim Ministerium für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg, ist die zentrale Beratungs- und Anlaufstelle für Ehrenamtliche in Sport, Schule und Jugend, Laienmusik und -kunst, Amateurtheater und Heimatpflege. Je nach Aufgabenbereich hält das Land weitere Anlaufstellen für Ehrenamtliche bereit: Für kommunales Ehrenamt, Integration und Kriminalprävention ist das Innenministerium zuständig, für alle anderen sozialen Aufgabenbereiche ist das Sozialministerium der richtige Ansprechpartner. Die Zuständigkeiten werden durch die interministerielle Arbeitsgruppe "Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement" koordiniert und vernetzt.

Ansprechpartner:

- Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg
Referat 54: Städtebauliche Erneuerung
Dr. Christina Simon
Theodor-Heuss-Str. 4
70174 Stuttgart
Tel. 0711/123-2228
- Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)
Dr. Rolf-Peter Lühr,
Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin
Tel. 030/39001-220
Internet: www.sozialestadt.de

3.2 Landesbüro Ehrenamt (Ministerium für Kultus, Jugend und Sport)

Aufgaben und Projekte des Landesbüros

"Das Ehrenamt ist eine tragende Säule von Staat und Gesellschaft, die ganz maßgeblich über die soziale und menschliche Qualität unseres Gemeinwesens entscheidet." Das öffentliche Bewusstsein hierfür zu schärfen, für eine angemessene gesellschaftliche Anerkennung der ehrenamtlichen Tätigkeit zu sorgen und die Rahmenbedingungen für das Ehrenamt zu verbessern, sind die Aufgaben des Landesbüros. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem Bereich **Schule und Ehrenamt**.

Im schulischen Bereich wurden inzwischen folgende Fördermaßnahmen umgesetzt:

- Kooperationsprogramm Schule/Verein: Auf lokaler Ebene wurden Kooperationen zwischen Schulen und Musik- und Sportvereinen unterstützt.
- Programm Schülermentoren: Ziel ist, den Zugang zum ehrenamtlichen Engagement in der Jugendarbeit der Vereine und in der Schule zu erleichtern und Qualifikationen wie Teamfähigkeit, Führungsverantwortung, Kommunikationsfähigkeit, soziale Kompetenz und Toleranz zu vermitteln. Das Programm wurde bisher im Sport- und Musikbereich, in der kirchlichen Jugendarbeit und der Verkehrserziehung eingeführt. Im sozialen und technischen Bereich werden Schülermentoren seit 2000/2001 an mehreren Modellschulen ausgebildet.

Um das Ehrenamt zu stärken, führt das Landesbüro in Stuttgart und in den Landkreisen Böblingen und Rems-Murr ein Modellprojekt durch: Eine verbandsübergreifende Ehrenamtsberatung soll mit bestehenden Bürgerbüros im sozialen Bereich vernetzt werden.

Das Landesbüro unterstützt auch Projekte der Lokalen Agenda 21. Die Chancen auf Förderung steigen, wenn die Projekte in Kooperation mit Schulen durchgeführt werden (siehe Seite 49, Aktion "Jung und Alt gemeinsam online").

Hintergrund-Info "Bilanz und Perspektive im Ehrenamt": Die gleichnamige, Anfang 2004 in

überarbeiteter Auflage erschienene Broschüre ist beim Landesbüro kostenlos erhältlich.

Ansprechpartner:
Kultusministerium Baden-Württemberg
Landesbüro Ehrenamt
Hans-Ingo von Pollern
Neues Schloss, Schlossplatz 4
70174 Stuttgart
Tel. 0711/279-2890
Internet: www.km.baden-wuerttemberg.de

3.3 Stabsstelle Bürgerschaftliches Engagement (Sozialministerium)

Die Stabsstelle Bürgerschaftliches Engagement (BE) des Sozialministeriums Baden-Württemberg ist eine der ersten Anlaufstellen für Agenda-Gruppen, die Projekte im Themenbereich Soziales und Miteinander durchführen. Je nachdem, in welchen Fachgebieten die geplanten Projekte angesiedelt sind bzw. welche Bevölkerungsgruppen sie vorrangig betreffen, verweist die Stabsstelle dann weiter; man kann jedoch auch direkt auf die fachlich zuständigen Stellen zugehen (Ansprechpartner siehe unter Kapitel I, Soziale Themen, und Kapitel III, Gruppen, sowie unter den übrigen in Kapitel II genannten Programmen und Anlaufstellen).

Ziel der Stabsstelle ist es, vorhandene Netzwerke und Projekte auszubauen, das lokale Bürgerbüro als örtliche Anlaufstelle bürgerschaftlichen Engagements weiterzuentwickeln und neue Aufgabengebiete für Bürgerengagement zu erschließen.

Als "**Dienstleistungseinrichtung für BE**" übernimmt die Stabsstelle folgende Aufgaben:

- Beratung beim Aufbau von Bürgerbüros als lokale Anlaufstellen von BE, z.B. Sozialwerkstätten (siehe hierzu Seite 37, Projekt "Treffpunkt BE" in Freiburg, und die Beispiele auf den Seiten 34 bis 36)
- Fachkräftekurse/ Schulung von Mitarbeitern im Bereich BE
- Vermittlung von Bürgerkursen (Träger: Paritätisches Bildungswerk) und Bür-

germeisterseminaren (Landeszentrale für politische Bildung und AG/BE - siehe unten)

- Förderung von Projekten, z.B. "Karawane 2002", Frauennetzwerke
- Informationsdienst, z.B. "Bürger engagiert"
- Aufbau und Pflege der Internet-Plattform: www.buergerengagement.de
- zentrale Instanz des Landesnetzwerks BE

Netzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Ende 1995 haben Sozialministerium, Landkreis-, Städte- und Gemeindetag eine Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements (AG/BE) gebildet und ein gleichnamiges Landesprogramm auf den Weg gebracht. Um die Rahmenbedingungen zur Förderung von BE auf der lokalen Ebene zu stärken, wurden in Phase I an 32 Modellstandorten Anlaufstellen, runde Tische, Freiwilligenagenturen, Bürgerbüros und Selbsthilfekontaktstellen geschaffen. In Phase II (von 2001 bis 2005) soll ein Landesnetzwerk BE aufgebaut werden. Neben dem Erfahrungsaustausch werden die im Netzwerk mitwirkenden Kommunen, Verbände und Organisationen dabei unterstützt, neue Wege der Bürgerbeteiligung zu suchen und zu gehen, Strategien und konkrete Wege der Förderung zu erarbeiten und die erforderlichen Kompetenzen der beteiligten Mitarbeiter zu beschreiben.

Für Förderanträge ist der Projektausschuss der AG/BE zuständig; Anlaufstelle ist die Stabsstelle.

Mitglied des Netzwerks ist u.a. die Arbeitsgemeinschaft Bürgerschaftliches Engagement/Seniorenengossenschaften (**ARBES**), ein Verbund von über 80 eigenständigen, bürgerschaftlich engagierten Gruppen, Initiativen, Projekten und Vereinen mit den Aufgabenbereichen Erziehung, Bildung, Alten-, Jugend- und Gesundheitshilfe, oder freie Wohlfahrtspflege. Auch Agenda-Arbeitskreise mit diesen Themen können sich unter dem landesweiten Dach der ARBES zusammenschließen. Die ARBES versteht sich als Interessenvertreter gegenüber der Politik (Lobbyarbeit für BE), fördert Weiterbildung und Erfahrungsaustausch im

Bereich BE und unterstützt die Vernetzung von Projekten und Initiativen.

Kontakt zu ARBES-Mitgliedern, nach Kommunen sortiert: www.buergerengagement.de/arb-es/ima-ges/arb-es-mg.pdf.

Nähere Informationen zum Netzwerk BE, auch zu Struktur, Gremien und weiteren Mitgliedern: www.buergerengagement.de/netzwerke/.

Vernetzung via Internet

Unter der Adresse www.buergerengagement.de informiert die Stabsstelle BE über aktuelle Themen, Veranstaltungen und Schulungen im Land. Unter der Rubrik "Netzwerke" sind Informationen und Kontaktadressen des Landesnetzwerks, der Städte-, Gemeinde- und Landkreisnetzwerke und von Verbänden zu finden. Eine umfangreiche Datenbank unter "Kontakte/Links/Standortadressen" enthält Anlaufstellen für BE vor Ort.

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement hat eine bundesweite Plattform eingerichtet: www.freiwillig.de. Freiwilligenagenturen - sie wollen BE auf kommunaler Ebene stärken - präsentieren sich unter: www.ehren-amts.info und www.bagfa.de (Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen).

BE fördern und vernetzen, diesem Ziel dienen auch zahlreiche Aktionen der Lokalen Agenda 21. So zum Beispiel die Projekte Helferfibel (siehe Seite 38) und BE-Handbuch (Seite 39).

Hintergrundinformationen "ARBES", "Wege in der Bürgergesellschaft": Die in 2002 bzw. Ende 2003 veröffentlichten Broschüren können bei der Stabsstelle kostenfrei bestellt werden.

Ansprechpartner:
 Sozialministerium Baden-Württemberg
 Stabsstelle Bürgerschaftliches Engagement
 Robert Hahn
 Schellingstr. 15
 70174 Stuttgart
 Tel. 0711/123-3677
 Internet: www.buergerengagement.de

3.4 Die Initiative "Kommunale Kriminalprävention"

1993 als Pilotprojekt in vier Modellgemeinden gestartet, soll die Initiative "Kommunale Kriminalprävention" (KKP) seit 1997 landesweit umgesetzt werden. Kriminalprävention soll fortan behördenübergreifend, ursachenorientiert und ganzheitlich vor Ort ansetzen. Ziel ist, Rechtsbrüche zu reduzieren und das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung zu verbessern. Bisher eigenständige Präventionsaktivitäten sollen vernetzt und dabei möglichst viele gesellschaftliche Kräfte, insbesondere Bürger, in auf Dauer angelegten lokalen Gremien zur Kriminalitätsverhütung eingebunden werden.

In über 300 Städten und Gemeinden des Landes wurden inzwischen Gremien zur KKP eingerichtet. In diesen Gremien arbeiten Kommunalverwaltung und Polizei, Justiz, Jugend- und Sozialeinrichtungen, Schulen, Kirchen, Vereine und Bürger zusammen. Für übergreifende Aufgaben wie Vernetzung und Beratung (z.B. zu Schulungs- und Fördermöglichkeiten) sind zentrale Gremien zuständig:

- das Projektbüro KKP im Innenministerium,
- die zentrale Koordinierungsstelle ZKS KKP beim Landeskriminalamt,
- das Kontaktbüro Gewaltprävention des Kultusministeriums sowie
- interministerielle Arbeitsgruppen (Sucht, häusliche Gewalt, schulische Gewaltprävention), Landesarbeitskreis Integration.

T.I.P. und "Gute Fee": Beispiele der KKP

Bei T.I.P. (Tübinger Interventionsprojekt Häusliche Gewalt) koordinieren Frauenbeauftragte, Ordnungsamt, Polizei und Justiz, Kreisjugendamt, der Verein "Hilfe zur Selbsthilfe", Frauenhaus, Rechtsanwälte und Psychologinnen ihre Maßnahmen in Fällen häuslicher Gewalt.

Clever im Alter, Seniorentheater in Karlsruhe:

Nach dem Motto "Prävention von Senioren für Senioren" haben Senioren unter Anleitung von Polizeibeamten die gängigsten Tricks von Haustür-Betrügern in Szene gesetzt. Die Theaterstücke führen sie in Kooperation mit der Bera-

tungsstelle für Senioren auf.

Die Bürgeraktion "Gute Fee", initiiert von der Quartierswerkstatt Augustenstraße der Lokalen Agenda 21 Stuttgart, soll Kindern auf dem Weg zum Spielen, zum Kindergarten oder zur Schule Rat und Hilfe bieten - bei den kleinen Nöten des Alltags. Einzelhändler, Gewerbetreibende und soziale Institutionen wirken als verlässliche Ansprechpartner und Verbündete der Kinder und sorgen so für ein Klima der Toleranz Menschlichkeit im Stadtbezirk.

Weitere Projektbeispiele siehe Seite 41, Themenbereich Kriminal- und Suchtprävention.

Unter www.polizei-bw.de/vorbeugung/ stehen Info-Materialien zum Download bereit: "KKP aktuell" informiert über Hintergründe des Programms und über aktuelle Projekte. Die Dokumentation des Kongresses "KKP - Netzwerk der Zukunft" enthält zahlreiche Projektbeispiele und gibt Anregungen für lokale KKP-Programme und -Aktionen. Eine in 2003 veröffentlichte Broschüre "Aktiv gegen Gewalt" der Netzwerkinitiative von Kultus-, Innen- und Sozialministerium hilft Schulen beim Aufbau von Strukturen und Kooperationen gegen Gewalt. Online erhältlich ist auch Info- und Arbeitsmaterial der Präventionsinitiative "Kinder und Kriminalität", z.B. die Broschüre "Sozialverhalten lernen", sowie eine Checkliste "Städtebauliche Kriminalprävention".

Ebenfalls im Internet veröffentlicht ist KODEX, die Kommunale Datenbank gegen Gewalt, Extremismus, Fremdenfeindlichkeit. Das bundesweite, vom Bundesfamilienministerium geförderte Projekt des Städte- und Gemeindebundes informiert unter www.kommunen-gegen-gewalt.de über kommunale Aktionen, dient dem Erfahrungsaustausch und gibt somit auch Agenda-Gruppen Tipps und Anregungen.

Ansprechpartner:

Innenministerium Baden-Württemberg

Projektbüro Kommunale Kriminalprävention

Andreas Stenger

Dorotheenstr. 6

70173 Stuttgart

Tel. 0711/231-3958

Internet: www.polizei-bw.de/vorbeugung/

und www.kriminalpraevention-bw.de

4. Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen

Wesentlicher Faktor für die wirksame Umsetzung der Agenda 21 ist "die echte Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen": Teil 4 der Agenda 21, Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen, befasst sich mit den Instrumenten zur Erzielung einer "echten gesellschaftlichen Partnerschaft" - sei es durch die Stärkung der Rolle von Frauen (Kapitel 24 der Agenda), von Kindern und Jugendlichen (Kapitel 25) oder von weiteren sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen wie Migranten, behinderten und alten Menschen.

4.1 Kinder und Jugendliche

Angefangen bei Kindergipfel und Kinderspielstadt, Skater-Bahn, Projektwerkstatt und Zukunftsworkshop für Kinder und Jugendliche, einer Jugendstiftung, um Jugendgruppen zu vernetzen und den Einfluss der Jugend zu stärken, bis hin zu Sucht- und Gewaltprävention und zur "Karawane für die Rechte von Kindern und Jugendlichen": Bunt und vielfältig präsentiert sich die Palette möglicher Agenda-Projekte für und mit jungen Menschen (siehe Seiten 41 bis 48). Unterstützung bei ihren Aktionen und Projekten im Kinder- und Jugendbereich kann die Lokale Agenda z.B. bei folgenden Anlaufstellen im Land erhalten:

Sozialministerium Baden-Württemberg
Abt. 6, Referat Jugendhilfe/Jugendschutz
Sabine Zetzmann
Schellingstr. 6
70174 Stuttgart
Tel. 0711/123-3617

Das Referat "Jugendhilfe und Jugendschutz" des Sozialministeriums vermittelt Kontakte zu Jugendämtern und zur Jugendhilfeplanung auf lokaler Ebene als kompetente Anlaufstellen vor Ort. Es hilft mit Beratung, Hintergrundinformationen und Arbeitsmaterialien zum Thema. Kostenlos erhältlich ist z.B. der in 2003 erschienene Leitfaden "Junge Menschen mit Behinderungen in Baden-

Württemberg".

Stiftungen unterstützen Projekte aus dem Kinder- und Jugend- wie auch aus weiteren sozialen Bereichen. Zum Beispiel hat die Landesstiftung Baden-Württemberg "Patenschaften für Jugendliche" ausgeschrieben. Gefördert werden Projekte, in denen ehrenamtliche Paten straf- oder verhaltensauffällige Jugendliche begleiten; etwa beim Übergang zwischen Schule und Beruf (vgl. Seite 27, "Patenschaften für arbeitslose Jugendliche").

Landesstiftung Baden-Württemberg
Förderbereich "Soziales"
Birgit Pfitzenmaier
Richard-Wagner-Str. 51
70184 Stuttgart
Tel. 0711/248476-18.
Ausschreibungen und Förderbedingungen
unter: www.landesstiftung-bw.de

An der Ausschreibung können Agenda-Gruppen unter der Voraussetzung teilnehmen, dass sie mit einem eingetragenen Verein, einer Körperschaft oder anderen Rechtsträgern kooperieren - denn nur diese können als Vertragspartner von der Landesstiftung gefördert werden. Weitere Förderbereiche der Stiftung sind z.B. Anti-Gewalt-Projekte, Integrationsprogramme und Projekte aus dem Bereich der Behindertenhilfe.

Mentoren- und Patenschaftsprogramme gehören auch zu den Förderschwerpunkten der Robert-Bosch-Stiftung. Im Förderbereich "Jugend, Bildung, Bürgergesellschaft" werden dabei vor allem Projekte zum Thema Berufsorientierung, künftig eventuell auch Projekte aus dem Bereich "Jung und Alt" gefördert. Die Ausschreibungen der Stiftung sind im Internet unter www.bosch-stiftung.de veröffentlicht; es können aber auch eigene, beispielgebende Projektvorschläge eingereicht werden. Die Förderung beinhaltet finanzielle Unterstützung, Erfahrungsaustausch, Vernetzungs- und Schulungsangebote.

Die Jugendstiftung Baden-Württemberg, vom Christlichen Jugenddorfwerk als "Dienstleister für

projektorientierte Jugendarbeit" gegründet und vom Land mit Stiftungskapital ausgestattet, bietet sowohl finanzielle Unterstützung als auch Beratungs- und Qualifikationsleistungen. Bevorzugt werden neuartige Projekte lokaler und regionaler Projektträger, die selbst ehrenamtliches Engagement einbringen. Förderfelder sind u.a.: Integrative Konzepte für sozial Benachteiligte, Kulturelle Arbeit, Beteiligung junger Menschen, Dialog zwischen den Generationen.

Nähere Informationen unter: www.jugendstiftung.de.

Weitere Anlaufstellen nennt die Online-Plattform www.jugendnetz.de, herausgegeben vom Kultusministerium Baden-Württemberg. Sie enthält u.a. eine Suchmaschine für Fördermittel im Bereich Kinder/Jugendliche, eine Datenbank mit über 1.400 Kinder- und Jugendprojekten und Kontaktadressen lokaler und überregionaler Einrichtungen der Jugendarbeit im Land - hilfreich z.B. für die Suche nach lokalen Informationsquellen und Kooperationspartnern der Lokalen Agenda 21.

Wie kann man junge Menschen wiederum zum Mitmachen in der Lokalen Agenda 21 aktivieren? Lokale Freiwilligendienste Jugendlichen schmackhaft machen will **jes - Jugend engagiert sich**. Die Initiative der Landesstiftung ermutigt junge Menschen zwischen 12 und 27 Jahren zur Planung und Durchführung von Freiwilligenprojekten. Dabei stehen ihnen Mentoren begleitend zur Seite - Engagementerprobte Bürger, die vom Paritätischen Bildungswerk geschult wurden (Mentoren- und Sozialmanagementkurse bietet das Bildungswerk übrigens auch außerhalb des jes-Programms an!).

Projektbeispiele: Internet-Café von Schülern für behinderte Jugendliche, Stuttgart, Besuchsdienste junger Menschen im AWO-Alten- und Pflegeheim, Schramberg.

Projektleitung jes: Paritätisches Bildungswerk Baden-Württemberg - Martin Link -
Haußmannstraße 6, 70188 Stuttgart,
Tel. 0711/2155-188, -184
Internet: www.jugend-engagiert-sich.de

Hinweis:

Wie und mit welchen Themen Kinder und Jugendliche in die Lokale Agenda 21 einbezogen werden, wird in einer Vielzahl von Publikationen und Leitfäden geschildert. Beim Agendabüro der LfU ist dazu die Arbeitsmaterialie "Kommentierte Literaturlauswahl zum Thema Kinder, Jugend und Schulen in der Lokalen Agenda 21" erhältlich, die auch noch Internet-Adressen zum Thema enthält.

4.2 Jung und Alt, Senioren

Die Aktion "Tierisch menschlich - Kinder- und Tier-Besuchsdienst im Altersheim" in Ehingen (siehe Seite 48) und der Internet-Kurs "Jung und Alt gemeinsam online" in Weinheim (Seite 49) sind Beispiele für Mehrgenerationen-Projekte. Einige Projektansätze und Anlaufstellen zu diesem Projektbereich wurden oben bereits genannt. Ein weiterer Ansprechpartner zum Themenbereich Jung und Alt wie auch bei Projekten von und mit Senioren ist die Arbeitsgemeinschaft Bürgerschaftliches Engagement / Seniorengenossenschaften (ARBES; nähere Informationen zu diesem Dachverband siehe Seite 13). Unter www.arbes.de sind Aktionen von Alt-Jung-Initiativen aufgeführt. Zum Beispiel hält die Esslinger Gruppe "Tat + Rat - Senioren helfen" den Fahrradpark eines Sonderschulzentrums in Schuss. Lernbehinderte Jugendliche helfen mit, angefangen beim Plattfuß flicken bis zum Probe fahren.

Kontakt zur Arbeitsgemeinschaft Bürgerschaftliches Engagement / Seniorengenossenschaften (ARBES) über:
Stabsstelle Bürgerschaftliches Engagement
Tel. 0711/123-3678.
Unter www.arbes-bw.de werden themenbezogene Ansprechpartner genannt.

Oder: Die Solidargemeinschaft der Generationen (SGG) in Ulm-Wiblingen hat ein Erzählcafé eingerichtet, hilft mit dem "Großeltern-Projekt" bei der Kinderbetreuung und bietet Schul- und Hausaufgabenbetreuung an. Schüler werden regel-

mäßig bekocht; dafür darf die SGG die Computerräume der Schule mitbenutzen.

Beispielhafte Aktionen im Projektbereich **alte Menschen / Senioren** sind zum Beispiel: das Modellprojekt und der Pflegeführer für mehr Lebensqualität im Alter, Ostalbkreis, und der Aufbau eines Begegnungszentrums in Bad Waldsee (siehe Seiten 26 und 34).

Ein Ansprechpartner für den Bereich Altenhilfe und Pflege ist das Sozialministerium Baden-Württemberg. Es führt derzeit eine empirische Erhebung bei den knapp 1.000 Pflegeeinrichtungen im Land durch, inwieweit bürgerschaftliches Engagement in den Pflegealltag einbezogen wird und welche Schwierigkeiten und Hemmnisse dabei bestehen. Außerdem unterstützt das Sozialministerium zusammen mit dem Bundesfamilienministerium ein Projekt in Stuttgart, das aufzeigen soll, wie man Freiwillige für die Begleitung alleinstehender, verwirrter Menschen gewinnen und sie bei dieser Aufgabe z.B. durch Schulungsmaßnahmen unterstützen kann. Dabei will man den Nutzen dieses bürgerschaftlichen Engagements nicht nur für die Betroffenen selbst, sondern auch für die freiwilligen Helfer bewusst machen.

In 2003 wurde ein von Sozialministerium und Bundesgesundheitsministerium unterstütztes Verbundprojekt zur Förderung von bürgerschaftlichem Engagement in teilstationären und stationären Einrichtungen der Altenhilfe abgeschlossen. Das **BETA**-Projekt mit den Schwerpunkten "Bürgerengagement in der Tagespflege" und "Bürger engagieren sich und teilen Alter" hat aufgezeigt, wie Freiwillige in unterschiedlichen Qualitäten für eine Mitwirkung in Altenhilfeeinrichtungen gewonnen werden können. Ziel war, zuverlässige Rahmenbedingungen für die Beteiligung von Bürgern zu schaffen und ein Umdenken bei den Mitarbeitern zu erreichen.

BETA wurde in fünf Einrichtungen im Land durchgeführt: in Kirchheim/Teck, Geislingen/Steige, Riedlingen, Steinen und Karlsruhe.

Mit **BELA** läuft ein neues Projekt an: Bürgerschaftliches Engagement für Lebensqualität und

Würde im Alter. Das Projekt basiert auf der Erkenntnis, dass Lebensqualität entscheidend von Kontakten zu Mitbürgern und der Einbindung in die Gesellschaft abhängt. Mit BELA will das Sozialministerium bürgerschaftliches Engagement in Einrichtungen der stationären Altenpflege anerkennen, verankern und ausweiten. Prozesse, Qualifizierungsbausteine und Fortbildungsmodulare für die Zusammenarbeit von Fachkräften und Freiwilligen sollen angeboten und erprobt, Erfahrungen und Konzepte gesammelt und zugänglich gemacht werden. Ein von der Robert-Bosch-Stiftung unterstützter Praxisverbund soll Kommunen, Einrichtungen und bürgerschaftliches Engagement vernetzen. Das Gesamtprojekt wird von der Landesstiftung gefördert.

BELA startet im Frühjahr 2004 mit dem landesweiten Wettbewerb "Innovatives Bürgerengagement in der stationären Pflege". Teilnehmen können Pflegeeinrichtungen, Freiwilligeninitiativen, Vereine und Verbände sowie Arbeitskreise und Initiativen der Lokalen Agenda 21.

Beim Sozialministerium sind Dokumentationen und Ergebnisberichte zu den genannten wie auch zu weiteren Projekten erhältlich. Das Ministerium hilft außerdem mit Know-how-Transfer und Beratung, vermittelt Kontakte zu örtlichen Einrichtungen und Initiativen und kommt - bei innovativen Projekten mit Modellcharakter - als Kooperationspartner in Frage.

Sozialministerium Baden-Württemberg Abt. 6, Referat Pflege und Altenhilfe Klaus-Peter Danner Schellingstr. 6 70174 Stuttgart Tel. 0711/123-3663 Ansprechpartner zu BETA und BELA: Dr. Peter Messmer Tel. 0711/123-3661
--

4.3 Menschen mit Behinderungen

Projekte für und mit behinderten Menschen wurden im Jahr 2003 verstärkt durchgeführt - war es

doch das Europäische Jahr der Menschen mit Behinderungen (**EJMB**). Aus diesem Anlass gründete sich z.B. das Regionale Aktionsbündnis Heidelberg und Umgebung, dem sich rund 25 Vereine, Institutionen und Selbsthilfegruppen und 15 ideelle Unterstützer angeschlossen haben. In diesem Rahmen führte die Freiwilligen-Börse Heidelberg gemeinsam mit engagierten Bürgern einen Mentorenkurs für behinderte Menschen durch. Das Projekte- und Selbsthilfe-Büro und Verantwortliche aus dem Kulturbereich erstellten eine Checkliste für barrierefreie Veranstaltungen und luden zu einer Theateraufführung mit Simultanübersetzung in die Gebärdensprache. Stadtplanungsamt und Selbsthilfegruppen hielten Barrieren für ältere und für behinderte Menschen mit der Kamera fest, veranstalteten eine Fotoausstellung und erarbeiteten einen Maßnahmenkatalog. Weitere Projekte: siehe www.paritaet-hd.de/ejmb/.

Ein Bündnis von Gruppen, Verbänden und Institutionen bildete sich auch in Tübingen, um in 2003 ein Veranstaltungsprogramm zum Alltag mit Behinderungen umzusetzen. Die Ausstellung "Lebensräume, -träume" verbildlichte den Traum vieler geistig behinderter Menschen von einem Platz in der Gesellschaft. Mit "Web for all" wurden Internet-Kurse für blinde Menschen angeboten. Und in der Reihe "Unterwegs" konnte man bei einer Stadtführung im Rollstuhl Selbsterfahrungen sammeln. Ein weiteres Projektbeispiel zum Teilbereich barrierefreie Mobilität ist auf Seite 50 beschrieben: Aktion und Wegweiser "Unbehindert durch Rechenhausen".

Zum Abschluss des EJMB 2003 veranstaltete das Sozialministerium zusammen mit dem Europa-Zentrum Baden-Württemberg eine Fachtagung unter dem Motto "Mittendrin statt außen vor - Auf dem Weg zu Selbstbestimmung und Teilhabe". Ziel war die Vernetzung behindertenpolitisch und bürgerschaftlich engagierter Menschen auf Landes- und europäischer Ebene. Zudem wurden Konzepte der Politik und innovative Projekte von und für Menschen mit Behinderungen vorgestellt.

Unter www.sm.baden-wuerttemberg.de, Rubrik "Behinderte" hat das Sozialministerium u.a. Statistiken und Daten über behinderte Menschen in

Baden-Württemberg veröffentlicht. Außerdem kann ein 200 Seiten starker "Wegweiser - Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen" via Internet abgerufen werden.

Sozialministerium Baden-Württemberg
Abt. 4, Referat Rehabilitation und Teilhabe
behinderter Menschen
Gabriele Gerngroß-Haas
Schellingstr. 6
70174 Stuttgart
Tel. 0711/123-3667
Info-Telefon des Behindertenbeauftragten:
Tel. 0711/123-3760

Die Behindertenbeauftragten vor Ort sind die beste Informationsquelle bei der Planung lokaler (Agenda-)Projekte. Die Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte (LAGH) führt derzeit eine Erhebung durch: Welche Stadt- und Landkreise verfügen über eigene Behindertenbeauftragte oder -Arbeitskreise?

Zum Aufgabenspektrum der LAGH, Dachverband von fast 50 überregionalen Behindertenselbsthilfeverbänden im Land, gehört zudem:

- Interessenvertretung und Öffentlichkeitsarbeit. Die LAGH vertritt die Anliegen und Bedürfnisse von Menschen mit chronischen Erkrankungen oder Behinderungen gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit.
- Schulung ehrenamtlicher Multiplikatoren,
- Weiterentwicklung der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe,
- Einsatz für eine barrierefreie und behindertengerechte Umwelt,
- Einsatz für ein solidarisches Zusammenleben aller Menschen.

Hierin sind viele Anknüpfungspunkte zur Lokalen Agenda zu finden; ebenso in dem übergeordneten Ziel einer gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Die LAGH ist bei Vorhaben etwa der Verkehrs- und Stadtplanung häufig als Berater gefragt. Interne Arbeitskreise der LAGH beschäftigen sich u.a.

mit den Themen Integration, ÖPNV und Bauen. Eine umfangreiche, nach diesen und weiteren Themen wie Arbeit, Barrierefreiheit, Rehabilitation oder Reisen geordnete Linkliste steht unter www.lagh-bw.de im Internet, dazu Links zu den Mitgliedsverbänden im Land.

Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte Baden-Württemberg e.V.

Irene Kolb-Specht

Rotebühlstr. 133

70197 Stuttgart

Tel. 0711/251181-0

- Weitere Ansprechpartner: Bei der Planung von Projekten für und mit Menschen mit geistiger Behinderung hilft die Lebenshilfe weiter. Unter www.lebenshilfe.de findet man Hintergrundinformationen, etwa zum Bereich Arbeit und Wohnen, sowie umfangreiche Literatur. Unter www.lebenshilfe-bw.de veröffentlicht der Landesverband Baden-Württemberg zudem die Kontaktadressen von Behindertenverbänden vor Ort. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Clubs Behinderter und ihrer Freunde e.V. bietet Info- und Arbeitsmaterial u.a. zum Kriterium "barrierefreie Umwelt". Kontakt: www.bagcbf.de.

4.4 Migranten

Die Integration von Migranten (Motivation etwa des Agenda-Projekts "Café International" auf Seite 51) gehört zu den Aufgaben der Abteilung "Zuwanderung und Eingliederung" des Innenministeriums Baden-Württemberg. Das Referat "Ausländer, Integration" koordiniert die Integrationsaufgaben auf Landesebene. Hilfreich für Agenda-Gruppen: Unter www.im.baden-wuerttemberg.de, Rubrik Ausländer/Allgemeines, präsentiert eine "Integrationsbörse" kommunale Integrationsprojekte, die das Ministerium zusammen mit den kommunalen Landesverbänden vor einigen Jahren erhoben hat. Die Projektsammlung soll aktualisiert und eventuell zu einer umfassenderen Online-Plattform für Erfahrungsaustausch und Vernetzung weiterentwickelt werden. Bei konkreten Anfragen verweist das Ministerium

weiter - denn für die Umsetzung der Integrationsaufgaben in konkrete Maßnahmen und Angebote sind (je nach Bezugsgruppe oder Aufgabenbereich) andere Ministerien zuständig: etwa das Kultusministerium für die Bereiche Schule und Jugend, das Sozialministerium für den Bereich Familie und für ausländische Arbeitnehmer.

Die zentrale Aufgabe der Stabsstelle "Ausländerbeauftragter der Landesregierung" ist es, die Integration der ausländischen Mitbürger zu fördern. Bisherige Beispiele: Unter Federführung der Stabsstelle hat der Arbeitskreis "Kommunale Ausländerbeauftragte" des Städtetags das umfassende Konzept "Zukunftsaufgabe Integration in Baden-Württemberg" erarbeitet. Die Stabsstelle hat u.a. einen Integrationspreis vergeben, an der Gründung des "Wissenschaftsforum Migration und Integration" mitgewirkt und externe Projekte finanziell unterstützt; darunter z.B. Fortbildungsseminare, Sprachkurse und Internationale Kinderfeste.

Innenministerium Baden-Württemberg

Abt. 4, Referat Ausländer, Integration

Anita Wolf

Dorotheenstr. 6

70173 Stuttgart

Tel. 0711/231-3442

Die Stabsstelle bezuschusst auch künftig Projekte im Land, die der Integration, dem Abbau von Fremdenfeindlichkeit, der politischen Partizipation von Ausländern und der interkulturellen Fortbildung dienen. Hinzu kommen Beratungsleistungen bei konkreten Projektideen und für Gruppen und Aktionen der Lokalen Agenda.

Da die Stabsstelle auch als Geschäftsstelle der Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Ausländervertretungen (LAKA) fungiert, kann sie kompetente Ansprechpartner auf lokaler Ebene nennen.

Justizministerium Baden-Württemberg

Stabsstelle Ausländerbeauftragte

Christian Storr

Kernerplatz 3

70182 Stuttgart

Tel. 0711/126-2990

Unter www.auslaenderbeauftragte-bw.de sind außerdem die Kontaktdaten der kommunalen Ausländer- und Integrationsbeauftragten im Land veröffentlicht. Jahresberichte zur Ausländer-/Integrationspolitik und Dokumentationen können ebenfalls via Internet eingesehen werden.

Das Diakonische Werk Baden unterstützt den Projektbereich Migranten mit vielen Angeboten und Maßnahmen; z.B.:

- Beratung von Gemeinden und Initiativen,
- Info-Dienste für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter und Gruppen, Arbeitshilfen,
- Fachtagungen, Seminare und Schulungen,
- Begleitung und Unterstützung von Selbsthilfeeinrichtungen und Initiativgruppen,
- Entwicklung und Förderung regionaler Modellprojekte,
- Öffentlichkeitsarbeit und Vorträge zur Förderung der Akzeptanz.

Kontakt zur Diakonie Baden über die Liga der freien Wohlfahrtspflege, www.liga-bw.de.

- Weitere Ansprechpartner im Land sind im Internet-Portal zur Entwicklungspolitik in Baden-Württemberg aufgeführt; siehe www.eine-welt-bw.de, Rubrik "Migration/Ausländer".

Förderprogramme: Über Landesprogramme, die für Agenda-Projekte in Frage kommen, informieren die o.g. Ansprechpartner der Ministerien. Einen Überblick über Bundesprogramme zur Integrationsförderung und Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit (darunter z.B. XENOS - Leben und Arbeiten in Vielfalt) gibt das bundesweite "Bündnis für Demokratie - gegen Extremismus und Gewalt" unter www.buendnis-toleranz.de. Die Online-Plattform beinhaltet zudem eine umfangreiche Sammlung von Projektbeispielen zum Thema "Integration, Interkulturelles" und zu weiteren Arbeitsschwerpunkten wie z.B. Gewaltprävention.

Arbeitsmaterialie: Bei CAF/Agenda-Transfer ist der Leitfaden "Aus der Praxis - Zur Beteiligung

von Migranten/-innen in der Lokalen Agenda 21" erhältlich. Er enthält viele Anregungen, Tipps und eine Checkliste zum Vorgehen in der eigenen Gemeinde, veranschaulicht durch Praxisbeispiele aus fünf Kommunen im Bundesgebiet.

Kontakt: www.agenda-service.de.

4.5 Frauen

Das Netzwerk-Projekt "Rat für Frauen" im Landkreis Heilbronn (siehe Seite 52) ist ein anschauliches Beispiel aus der Agenda-Arbeit zur Stärkung der Rolle von Frauen - durch gezielte Unterstützung, Vernetzung und den Ausbau frauenspezifischer Infrastruktur. Das Projekt wurde vom Sozialministerium Baden-Württemberg gefördert.

Beim Sozialministerium neu initiiert wurde ein Aktionsprogramm der Frauenbeauftragten der Landesregierung zum Thema Gender Mainstreaming im kommunalen Bereich, auch im Bereich der Lokalen Agenda 21. Neben Gender Mainstreaming (einer relativ neuen Strategie zur Durchsetzung der Chancengleichheit von Frauen und Männern, die auf die Veränderung von Strukturen abzielt und durch eine spezifische Frauenförderpolitik ergänzt wird) befasst sich das Ministerium u.a. mit den Themen: Mentoring, Frauen und Gewalt, Frauen in der Informationsgesellschaft. In 2002 wurde ein Internet-Projekt mit dem Ziel umgesetzt, die Leistungen von Frauen in Baden-Württemberg sichtbar zu machen. Das Ergebnis, das auch eine Anregung für lokale (virtuelle) Ausstellungen oder Informationskampagnen sein kann, ist unter www.51-prozent.de zu begutachten.

Das Referat "Frauenpolitik, Chancengleichheit für Männer und Frauen" unterstützt Agenda-Gruppen durch Know-how-Transfer, Beratung und Hintergrundinformationen. Auch werden Kontakte zu Referentinnen und Fachfrauen auf Landesebene vermittelt.

Um frauenpolitische Informationen besser verfügbar zu machen, die frauenpolitische Arbeit vor Ort zu erleichtern und die Akteure zu vernetzen, hat das Referat im Auftrag der Frauenbeauftragten ein **landesweites Fraueninformationssystem** eingerichtet: das Portal www.frauen-aktiv.de.

Das "erste virtuelle Nachschlagewerk für frauenpolitisch Engagierte und Interessierte" bietet Informationen aus den Themenbereichen Arbeitswelt, Bildung, Gender Mainstreaming, Gesellschaft, Lebenslagen und Frauenpolitik, zu ehrenamtlichem und bürgerschaftlichem Engagement und über Verbände, Organisationen und Netzwerke samt Ansprechpartnerinnen und Kontaktadressen. Rund 30 lokale und regionale Frauennetzwerke in Landkreisen und Gemeinden Baden-Württembergs sind in dem Frauen-Portal gelistet. Ein Veranstaltungskalender, zahlreiche Links und die Möglichkeit, Publikationen und Broschüren online zu bestellen oder einzusehen, ergänzen das Internet-Angebot.

Sozialministerium Baden-Württemberg
Abt. 6, Referat Frauenpolitik, Chancengleichheit für Männer und Frauen
Gabriele Hausen
Schellingstr. 15
70174 Stuttgart
Tel. 0711/123-3596

Online abrufbar sind unter www.frauen-aktiv.de auch alle Ausgaben von "Aktiv - Frauen in Baden-Württemberg". Mit der vierteljährlich erscheinenden Schriftenreihe informiert das Ministerium über frauenpolitische Themen und Projekte, z.B. aus den Bereichen Mentoring und Netzwerke, Frauenbildungsarbeit, Frauen und Lokale Agenda 21. Die Landesarbeitsgemeinschaft der **kommunalen Frauenbeauftragten** (LAG) unterstützt explizit "die Beteiligung von Frauen an Leitbild-Diskussionen, etwa zur Lokalen Agenda 21". Weitere Aufgaben sind Kontaktvermittlung, Erfahrungsaustausch und Vernetzung. Durch die Kooperation mit Frauenverbänden, -initiativen und -projekten, mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, Parteien, Kirchen und Behörden des Landes ist ein Netzwerk entstanden, das sich auf allen Ebenen für frauenpolitische Ziele einsetzt. Vernetzung und Kontakt zur regionalen und kommunalen Ebene ermöglicht die Homepage der LAG: Alle Frauenbeauftragten in Landkreisen und Städten Baden-Württembergs, von Aalen bis Wertheim, sind unter www.frauen-beauftragte-ba-wue.de samt Kontaktadressen veröffentlicht.

5. Beispielhafte Aktionen zum Thema Soziales und Miteinander

Die im Folgenden aufgeführten Projekte (siehe S. 22) wurden in Landkreisen und Kommunen des Landes Baden-Württemberg ins Leben gerufen. Als Projektbeispiele sollen sie die Bandbreite möglicher Aktionen der Lokalen Agenda 21 zum Themenbereich "Soziales und Miteinander" veranschaulichen. Projektziele, Projektbeteiligte und das Vorgehen bei der Projektdurchführung werden beschrieben, um Anhaltspunkte für die Planung eigener lokaler Aktionen aufzuzeigen. Nähere Informationen zu einzelnen Projekten sind bei den jeweils genannten Ansprechpartnern oder unter den ebenfalls angegebenen Internet-Adressen erhältlich.

Zahlreiche weitere Projektbeispiele zum Thema Soziales und Miteinander, wie auch zu den übr-

gen Themen der Agenda 21 enthalten die Materialien "Aktionsbörse" und "Aktionsbörse extra", herausgegeben vom Agenda-Büro Baden-Württemberg. Die beiden Arbeitsmaterialien können kostenfrei bestellt oder im Internet unter www.lfu.baden-wuerttemberg.de eingesehen werden.

Beispielhafte Aktionen im Bundesgebiet dokumentiert die von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt bei der Agentur Agenda-Transfer eingerichtete "Servicestelle Lokale Agenda 21"; siehe www.gute-beispiele.net, Themenbereich "Soziales/Zusammenleben".

Übersicht über die auf den Folgeseiten beschriebenen Projektbeispiele

Beispiele zu Kapitel 2.

Soziale Themen in der Agenda 21

Seite

Armut

- Kreisarmutskonferenz und Sozialbericht, Tübingen 24

Gesundheit

- Netzwerk "Gesunde Stadt", Karlsruhe 25
- Modellprojekt und Pflegeführer für mehr Lebensqualität im Alter, Ostalbkreis 26

Arbeit und Ausbildung

- Projekt "Patenschaften für arbeitslose Jugendliche", Schwäbisch Gmünd 27

Leitbilder, Diskurs

- Sozialdiskurs "Ulm - eine Stadt der Solidarität", Ulm 28
- Leitbild mit Schwerpunkt "Soziales und Miteinander", Rheinfelden 29

Beispiele zu Kapitel 3.

Miteinander für die soziale Stadt

Stadtentwicklungsplanung

- "Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010" - Bereich Soziales, Heidelberg 30
- Stadtteilentwicklung Oststadt-Südwest, Karlsruhe 31

Tauschringe

- Dienstleistungstauschring "MaDiTa", Mannheim 33

Treffpunkte für Bürger

- "Begegnungszentrum", Bad Waldsee 34
- "Nachbarschaftsfrühstück zur Lokalen Agenda" im EKIZ, Stuttgart 35
- "Bürgertreff", Beilstein 36
- "Treffpunkt Bürgerschaftliches Engagement", Freiburg 37

Broschüren/Materialien für die soziale Stadt

- Helferfibel "AHA - alle helfen allen", Gerlingen 38
- Handbuch "miteinander füreinander", Uhingen 39
- Leitfaden "Psychosoziale Hilfsangebote", Brackenheim 40

Kommunale Kriminalprävention

- Kriminalprävention mit "Plakat-Aktionen und mehr", Bretten 41

(Fortsetzung nächste Seite)

Seite**Beispiele zu Kapitel 4.****Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen****Kinder und Jugendliche**

- "Kindergipfel" und "Kinderspielstadt", Schramberg 42
- "Karawane für die Rechte von Kindern und Jugendlichen", Mannheim 43
- Gründung der Jugendstiftung "Bleibt alles anders", Salach 44
- Zukunftsworkshop für Jugendliche, Schwäbisch Gmünd 45
- Wettbewerb "Jugend und Lokale Agenda 21 - Ideen- und Projektwerkstatt", Pforzheim 46
- Initiative "Inliner- und Skater-Bahn", Bammental 47

Jung und Alt / Senioren

- Aktion "Tierisch menschlich - Kinder- und Tier-Besuchsdienst im Altersheim", Ehingen 48
- Kursangebot "Jung und Alt gemeinsam online", Weinheim 49

Menschen mit Behinderungen

- Aktion und Wegweiser "Unbehindert durch Rechberghausen", Rechberghausen 50

Migranten

- Veranstaltung "Café International", Bammental 51

Frauen

- Netzwerk "Rat für Frauen", Landkreis Heilbronn 52

Projekt: Kreisarmutskonferenz und Sozialbericht, Tübingen

Ziel des Projekts

Das Ziel der seit 1993 bestehenden, Ende 1999 der Lokalen Agenda 21 Tübingen als "sozialer Tisch" angeschlossenen Kreis-Armutskonferenz lautet, sich für die Integration sozial benachteiligter Menschen einzusetzen und der fortschreitenden sozialen Ungleichheit und Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich entgegenzuwirken. Der von der Armutskonferenz initiierte Sozialbericht soll soziale Strukturen, wirtschaftliche Verhältnisse und Problemfelder im Landkreis aufzeigen. Er soll eine fundierte Diskussions- und Entscheidungsgrundlage schaffen und durch seine regelmäßige Fortschreibung ermöglichen,

- sozial problematische Entwicklungen (möglichst frühzeitig) feststellen,
- den Bedarf an Hilfen und sozialen Einrichtungen messen und
- relevante Handlungsperspektiven und kommunale Ansätze gegen Armut und Ausgrenzung entwickeln zu können.

An der Diskussion darüber, welche Konsequenzen aus den Ergebnissen des Sozialberichts zu ziehen sind, sollen alle sozialpolitischen Akteure teilnehmen.

Projekttablauf und -beteiligte

Die Kreis-Armutskonferenz besteht aus rund 20 Mitgliedern: Fachleute aus sozialen Einrichtungen und Wohlfahrtsverbänden, engagierte Bürger und Betroffene. Aus ihrer Idee, aussagekräftige Daten über die Armut im Kreis Tübingen zu bündeln, wurde nach mehrjähriger Überzeugungsarbeit und einer medienwirksamen Podiumsdiskussion zum Thema "Brauchen wir einen Sozialbericht?" im Jahr 2000 ein Projekt: Eine vom Landkreis beauftragte Sozialplanerin hat Sozialhilfedaten (Datenbasis 1999, vorliegend beim Landratsamt) und Wirtschaftsdaten (erhoben vom Institut für angewandte Wirtschaftsforschung Tübingen) zusammengetragen und ausgewertet. Zum Projektteam gehörten außerdem Vertreter der

Armutskonferenz, des Kreissozialamts, des Sozialamts Tübingen und der LIGA der freien Wohlfahrtspflege im Kreis Tübingen.

Im Sommer 2001 wurde der erste Sozialbericht auf einem von Armutskonferenz und Landkreis veranstalteten Fachtag vorgestellt und diskutiert. An der Diskussion beteiligten sich politisch Verantwortliche, Mitarbeiter aus der Verwaltung und Fachleute sozialer Einrichtungen. Die Ergebnisse wurden protokolliert und im Herbst 2001 veröffentlicht.

Seither werden bei den alle zwei Monate stattfindenden Treffen der Armutskonferenz weitere Projekte entwickelt; Projekte, welche aus dem Sozialbericht abgeleitete Maßnahmen umsetzen. Zum Beispiel liegt inzwischen ein Wegweiser für ausländische Mitbürger zum Thema Sprachkurse vor: Der Sozialbericht hatte aufgezeigt, dass ein Bedarf an Sprachkursen besteht; auf dem Fachtag wurde hingegen deutlich, dass es mehr Kurse gibt als bekannt. Der Wegweiser informiert nun Migranten und Multiplikatoren über das vorhandene Kursangebot.

Wie geht's weiter?

Der Sozialbericht soll fortgeschrieben werden; wann, steht bis dato jedoch noch nicht fest. Die Mitglieder der Armutskonferenz haben bereits Vorschläge für eine verbesserte Datenerhebung erarbeitet, um die Aussagekraft des nächsten Berichts zu erhöhen. Dann sollen auch sozialraum- bzw. stadtteilbezogene Daten erfasst und mehr Informationen zur Situation bestimmter gesellschaftlicher Gruppen erhoben werden. Diese Daten sollen die Identifikation sozialer Brennpunkte und eine qualitative Analyse der Lebenslagen von z.B. behinderten Menschen, allein Erziehenden, Frauen und Migranten ermöglichen.

Weitere Informationen:
 Kreis-Armutskonferenz Tübingen
 Horst Haar, c/o Diakonie
 Hechinger Str. 13
 72072 Tübingen
 Tel. 07071/9304-72
 Internet: www.agenda-tuebingen.de,
 Download Sozialbericht: www.kreistuebingen.de, Rubrik "Aktuelles", "Sozialbericht"

Projekt: Netzwerk "Gesunde Stadt", Karlsruhe

Ziele des Projekts

Das Netzwerk "Gesunde Stadt" soll die vielfältigen Akteure des Gesundheitsbereichs in Karlsruhe zusammenführen und unterstützen, Angebote und Aktionen koordinieren und die Karlsruher Bürger im Zusammenschluss ansprechen. Der Bekanntheitsgrad der einzelnen Initiativen soll erhöht und die Bürgerschaft somit wirkungsvoller dazu angeregt werden, sich verantwortungsbewusster gegenüber ihrer Gesundheit und ihrer Umwelt zu verhalten. Das Projekt soll bewirken, dass

- verlässliche Informationen verfügbar sind, die den Menschen Orientierung im Dickicht der Gesundheitsinformationen geben,
- die Motivation zur Gesundheitsvorsorge durch Kampagnen, die an den Ursachen der Krankheiten ansetzen, gestärkt wird,
- Projekte, Aktionen und Tipps zur Gestaltung eines gesundheits- und umweltbewussten Lebens mehr Beachtung finden.

Projekttablauf und -beteiligte

Das steigende Interesse der Bevölkerung an Gesundheitsthemen und das unübersichtlich große Angebot an Informationen zu diesem Bereich gab den Anlass, die Akteure und ihre Aktionen in einem Netzwerk zu bündeln. Im April 2001 wurde das Projekt "Gesunde Stadt" im Rahmen der Lokalen Agenda Karlsruhe von Umweltamt und Medienbüro der Stadt sowie den Sponsoren AOK und Pfizer gegründet. Das Netzwerk ist ein partnerschaftlicher Zusammenschluss örtlicher Institutionen, Bürgerorganisationen, Verwaltungsstellen und Firmen, die sich mit Gesundheits- und Umweltfragen befassen. Gruppen, die ihre Veranstaltungen und Aktionen unter das gemeinsame Logo "Gesunde Stadt" stellen, bleiben dabei jedoch als Initiatoren erkennbar.

Die Bausteine des Projekts "Gesunde Stadt":

- Gesundheitsforen als Plattform für

- Vorträge, Diskussionen, Ausstellungen und Aktionen der Netzwerkmitglieder,
- ein Gesundheitsportal im Internet mit Ansprechpartnern und Beiträgen zu aktuellen Themen (www.karlsruhe.de/gesund-heit/),
- ein Wegweiser mit Terminen und Adressen, der als Broschüre öffentlich ausliegt,
- Gesundheitsprojekte, z.B. die Wanderausstellung "Ernährungspyramide" oder die in 2003 geplante "Gesundheitsmeile" in der Karlsruher Innenstadt.

Eines der Gesundheitsprojekte, **das Projekt "Verringerung des Anteils übergewichtiger Kinder"**, wird innerhalb des Vorhabens "Indikatoren im Rahmen der Lokalen Agenda 21" durchgeführt. Indikatoren helfen z.B. bei der Auswahl von Projektthemen und dienen zur Überprüfung des Projekterfolgs. So wurde bei diesem Gesundheitsprojekt der Anteil der übergewichtigen Kinder bei der Schuleingangsuntersuchung als Gesundheits-Indikator gewählt. Als Messgröße dient der Body Mass Index, der bei allen Kindern der rund 150 Karlsruher Kindergärten ermittelt wurde. Das im September 2001 angelaufene, auf drei Jahre ausgerichtete Projekt soll zeigen, in welchem Ausmaß die in 13 Kindergärten durchgeführten Interventionsmaßnahmen, hier die spielerisch-erzieherische Einflussnahme auf Ernährung, Bewegung und Mobilität, zu Verhaltensänderungen führen. Für die Koordination des Gesamtprojekts "Gesunde Stadt" ist das Umweltamt zuständig. Ein Beirat aus Vertretern fachlicher und politischer Gruppen schlägt u.a. Themen und Aktionen für die Gesundheitsforen vor.

Wie geht's weiter?

Im Frühjahr 2003 entscheidet sich, ob das Projekt "Gesunde Stadt" durch eine "Gesundheitskonferenz" für den gesamten Landkreis Karlsruhe ergänzt und das Netzwerk somit auch räumlich erweitert wird.

Weitere Informationen:
 Umweltamt Karlsruhe - Agenda-Büro -
 Hans Riemer
 Adlerstr. 20a, 76133 Karlsruhe
 Tel. 0721/133-3104

Projekt: Modellprojekt und Pflegeführer für mehr Lebensqualität im Alter, Ostalbkreis

Die Ziele der Projekte

Mit dem Ziel, die "Lebensqualität im Alter" zu verbessern, hat sich Ende 1999 der gleichnamige Arbeitskreis der Lokalen Agenda 21 des Ostalbkreises gebildet. Im Jahr 2000 startete der AK zwei Projekte: Das Modellprojekt "Dekubituserfassung" und das Internet-Projekt "Pflegeführer". Die Erfassung von Druckgeschwüren soll einen Indikator für die Lebensqualität im Alter liefern und durch Transparenz und Wettbewerb dazu führen, dass sich die Qualität der Altenpflege im Landkreis verbessert. Die Online-Plattform "Pflegeführer" soll allen Interessierten einen raschen Überblick über ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen im Ostalbkreis geben. Daneben sollen die Internet-Seiten allgemeine Informationen rund um das Thema Pflege vermitteln.

Eine sichtbare Schnittstelle der beiden Projekte ist der "Smilie": Mit diesem Symbol sind im Pflegeführer jene Einrichtungen gekennzeichnet, die am Projekt "Dekubituserfassung" teilnehmen.

Projekttablauf und -beteiligte

Den Anstoß für das Projekt "Dekubituserfassung" gab das Kreisgesundheitsamt. Um die Anonymität der Daten (u.a. Anzahl, Dauer und Schwere der Dekubitus-Fälle) zu garantieren, übernahmen die Universität Stuttgart und das Fraunhofer Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation die Datenerfassung und -aufbereitung. Die ersten Teilnehmer dieses freiwilligen Qualitätssicherungsprojekts wurden bei einer Fachtagung im Mai 2001 rekrutiert. Zu den knapp 70 in 2001 erfassten Pflegeeinrichtungen kamen in 2002 acht weitere Einrichtungen hinzu. Sie umfassen alle Ebenen des Pflegebereichs im Ostalbkreis: die Krankenhäuser, die stationäre und die ambulante Altenpflege. Im Dezember 2002 wurde das Projekt mit dem Qualitätsförderpreis des Landes Baden-Württemberg ausgezeichnet.

Das Projekt "Pflegeführer" wurde als nichtkommerzielles Online-Angebot konzipiert und im Juli 2001 unter der Adresse www.ostalbkreis.de/pflege/ offiziell gestartet. Die Programmierung erfolg-

te durch das Büro des Landrats, das auch für die Website des Ostalbkreises verantwortlich ist. Für Inhalte und Weiterentwicklung beider Projekte ist der AK "Lebensqualität im Alter" der Kreisagenda zuständig, der sich aus ca. 100 Vertretern u.a. aus Ärzteschaft, Krankenkassen, Pflegeeinrichtungen, Kliniken und Kreissenatorenrat zusammensetzt. Für die Projektarbeit wurden zwei Unter-Arbeitskreise gebildet. Kreisgesundheitsamt und AOK Ostalb übernahmen die Projektkoordination, und vom Landkreis kam finanzielle Unterstützung.

Im Rahmen der beiden Projekte wurden bereits weitere Maßnahmen angestoßen, die zum Erreichen der Projektziele beitragen: z.B. der Einsatz einer externen Fachkraft für Druckgeschwüre, die Einführung eines Qualitätszirkels und die Schulung von Angehörigen.

Wie geht's weiter?

Projekt "Dekubituserfassung": Das Statistik-Tool wurde in 2003 so modifiziert, dass die Pflegeeinrichtungen ihre Daten via Internet selbst einspeisen können. Dank des einfach handhabbaren, anonym erfassenden Programms können die Einrichtungen den Datenvergleich nun selbstständig und zeitnah durchführen. Das Projekt soll in 2003/2004 auf weitere Kreise des Landes ausgeweitet werden, und ab 2004 soll ein bundesweiter Vergleich von Dekubitus-Daten möglich sein.

Projekt "Pflegeführer": In 2003 wurde eine Rubrik mit Informationen über Betreuungsangebote speziell für Demenzzranke eingeführt. Langfristig soll der Pflege- zum Seniorenführer ausgebaut werden: Informationen z.B. zu Sozialhilfe und allgemeine Angebote für Senioren sollen die Online-Plattform ergänzen.

Weitere Informationen: Gesundheitsamt Ostalbkreis Dr. Sylvia Steingaß Ziegelstr. 27 73431 Aalen Tel. 07361/9303-45 Internet: www.ostalbkreis.de/pflege/

Projekt: "Patenschaften für arbeitslose Jugendliche", Schwäbisch Gmünd

Ziele des Projekts

Das Projekt "Patenschaften für arbeitslose Jugendliche" in Schwäbisch Gmünd soll Frauen und Männer dazu bewegen und befähigen, Jugendliche bei der Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche zu unterstützen und sie während der Ausbildungszeit vermittelnd zu begleiten. Zielgruppe sind Jugendliche und junge Erwachsene mit schlechtem oder fehlendem Schulabschluss, auffälligem Sozialverhalten, Sprach- oder sonstigen Schwierigkeiten, die den Eintritt in den Arbeitsmarkt erschweren.

Projektablauf und -beteiligte

Mit Blick auf die hohe Arbeitslosigkeit, von der in Schwäbisch Gmünd vor allem Jugendliche betroffen sind, entstand im Arbeitskreis "Bildung und Beschäftigung" der Gmünder Agenda 21 die Idee für ein Patenschaftsprojekt. Eine Projektgruppe mit Vertretern aus Jugendeinrichtungen und Sozialamt entwickelte auf Basis der Erfahrungen, die bei der Betriebsseelsorge Böblingen gesammelt wurden, die Konzeption des Paten-Modells. Im Mai 2000 startete das auf eine Laufzeit von drei Jahren angelegte Projekt. Seither helfen Paten arbeitslosen Jugendlichen bei der Jobsuche, beim Schreiben von Bewerbungen oder bei Schwierigkeiten in der Berufsschule, vermitteln bei Konflikten, begleiten sie zu Vorstellungsgesprächen oder bei Behördengängen. Sie bauen eine persönliche Beziehung zu den Jugendlichen auf und halten auch nach zusätzlichen Hilfen Ausschau, um z.B. über Wohnmöglichkeit und Freizeitgestaltung die Situation der Jugendlichen zu verbessern.

Bis April 2003 übernimmt eine Sozialarbeiterin die Projektkoordination samt Planung, Durchführung und Auswertung. Sie sorgt dafür, dass alle Paten eine Mindestqualifikation besitzen, organisiert die regelmäßig zum Erfahrungsaustausch und zur Schulung veranstalteten Patentreffen und steht Paten und Jugendlichen mit Rat und Tat zur Seite. Daneben kümmert sie sich um die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und versucht, Multiplikatoren zur Mitarbeit zu motivieren und neue Finanzie-

rungsquellen zu erschließen. Bei Letzterem helfen öffentlichkeitswirksame Auszeichnungen: Das Patenschaftsprojekt gewann im Jahr 2001 den von HUK, Caritas und Diakonie ausgeschriebenen "Innovatio-Preis" und war in 2002 Preisträger des Wettbewerbs "Peperoni für Agenda 21".

Eine enge Zusammenarbeit zwischen bürgerschaftlichem Engagement, christlichen Gemeinden und zahlreichen Institutionen prägt die Durchführung des Projekts. Die Lokale Agenda 21 Schwäbisch Gmünd und die Caritas Ost-Württemberg fungieren als Projektträger. Beteiligt sind Jugend- und Sozialamt, Arbeitsamt, Berufsausbildungswerke und Bildungsträger, die Kirchengemeinden und kirchliche Institutionen. Eingebunden werden außerdem Schulen und Jugendtreffs, über die meist der Kontakt zu den Jugendlichen zustande kommt. Bis Ende 2002 arbeiteten 21 Bürger als ehrenamtliche Paten an dem Projekt mit. In diesem Zeitraum traten sie mit 40 Jugendlichen in Kontakt. 23 Jugendliche werden derzeit noch betreut, 10 Jugendliche haben ihre Patenschaft bereits mit Erfolg beendet und einen Ausbildungsplatz gefunden.

Wie geht's weiter?

Das Projekt soll über die ursprüngliche Laufzeit hinaus fortgeführt werden. Noch wird nach Sponsoren gesucht, um die Koordinierungsstelle finanzieren zu können. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass das Projekt mangels Geld ganz in ehrenamtliche Hände übergehen wird und ein Verein oder ehrenamtlicher Verbund ab Mai 2003 die Projektkoordination und Trägerschaft übernimmt.

Weitere Informationen:

Koordinierungsstelle "Patenschaften für arbeitslose Jugendliche"

Sr. Teresa Mattes

Franziskanergasse 3

73525 Schwäbisch Gmünd

Tel. 07171/104692-40

Projekt: Sozialdiskurs "Ulm - eine Stadt der Solidarität", Ulm

Ziele des Projekts

Mit dem Sozialdiskurs in Ulm sollten die folgenden Ziele erreicht werden:

- den Grundsatz "Ulm - Stadt der Solidarität" des Zukunftsmanifests der Stadt Ulm, auf den sich die Bürgerschaft bereits geeinigt hatte, konkretisieren,
- darauf aufbauend eine Sozial-Agenda erstellen und aus den konkretisierten Leitbildern Projekt- und Maßnahmenvorschläge entwickeln.

Der Sozialdiskurs sollte unter bestmöglicher Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern stattfinden. Die Ulmer Bürgerschaft sollte die Möglichkeit erhalten, den Weg zur "Stadt der Solidarität" mitzugestalten und, losgelöst vom tagespolitischen Geschehen, in einem intensiven Lern-, Diskussions- und Verhandlungsprozess eine Stellungnahme zu erarbeiten.

Projekttablauf und -beteiligte

Im April 1999 beschloss der Ulmer Gemeinderat, den Agenda-Prozess auf den Bereich der kommunalen Sozialpolitik auszuweiten und nach Abschluss des Umweltdiskurses einen Sozialdiskurs zu initiieren. Im Juni 1999 erhielt das Bürgerkontor, ein Unternehmen für Moderation und Konfliktregulierung, von der Stadt Ulm den Auftrag, im Rahmen des Sozialdiskurses eine Bürgerbeteiligung durchzuführen. Zwei Moderatorinnen des Bürgerkontors sollten die beteiligten Gruppen und Personen zusammenführen, die Diskussionen begleiten und den Projektverlauf protokollieren. Das Projekt wurde von Mitte September bis Mitte November 1999 im Rahmen einer "Konsensus-Konferenz" durchgeführt; das ist ein Verfahren, mit dem sich die Politik eine Bürgerempfehlung als Pendant zu den üblichen Expertengutachten einholt.

Zuerst wurden aus dem Einwohnerregister der Stadt 2.000 Bürger per Zufall ausgewählt. Um besonders motivierte Personen nicht auszuschließen, wurde außerdem über die Presse zur Teilnahme aufgerufen. 160 Bürger zeigten sich

interessiert. Da eine so große Gruppe nicht arbeits- bzw. diskursfähig ist, wurden per Zufallsauswahl 20 Personen ermittelt, von denen letztlich 15 an der Konsensus-Konferenz teilnahmen. Der Ablauf dieses Verfahrens: Bei zwei Vorbereitungswochenenden lernten die beteiligten Bürger die Vorgehensweise, das Mandat und die Sachthemen kennen und formulierten Fragen an Sachverständige. Die Fragen wurden in einem öffentlichen Gespräch zur Diskussion gestellt. Daraufhin erarbeitete die Bürgergruppe Ziele und konkrete Maßnahmen für ein künftiges soziales Leben in Ulm und formulierte, welche Beiträge Politik, Verwaltung und Bürgerschaft leisten können. Diese vorläufige Bürgerempfehlung wurde mit Fachleuten, Interessengruppen und interessierten Bürgern diskutiert und überarbeitet. Am 25. November 1999 präsentierte die Bürgergruppe ihre Vorschläge bei der öffentlichen Abschlussveranstaltung des Sozialdiskurses. Die aus dem Sozialdiskurs hervorgegangene Bürgerempfehlung wurde zudem in einer 40-seitigen Broschüre veröffentlicht.

Wie geht's weiter?

Nach Abschluss des Sozialdiskurses hat der Gemeinderat der Stadt Ulm gemeinsam mit der am Diskurs beteiligten Bürgergruppe Prioritäten gesetzt. Es wurde festgelegt, welche der vorgeschlagenen Maßnahmen am dringendsten zu realisieren sind. Die Stadt zeigte sich laut Bürgerkontor sehr interessiert, die Ergebnisse des Sozialdiskurses fortzuführen, und hat viele Vorschläge aufgegriffen bzw. bereits umgesetzt; zum Beispiel die Einrichtung stadtteilbezogener Elternschulen oder die Einführung eines Bürgerpasses, der Ulmer Bürger für ihr ehrenamtliches Engagement mit Bonuspunkten und Gutscheinen belohnt.

Weitere Informationen:

Bürgerkontor, Büro für Bürgerbeteiligung und Konfliktregulierung
 Dr. Sabine Köberle
 Hauptstr. 6
 89611 Obermarchtal
 Tel. 07375/92007

Projekt: Leitbild mit Schwerpunkt "Soziales und Miteinander", Rheinfelden

Ziel des Projekts

Eine Besonderheit des Leitbild-Prozesses in Rheinfelden ist, dass dieser von zwei Gemeinden gemeinsam vorbereitet und durchgeführt wurde: von den Gemeinden Rheinfelden/Baden und Rheinfelden/Schweiz. Das grenzüberschreitende Vorhaben spiegelt sich auch in den vorab formulierten Zielen wider:

- gegenseitiges Kennenlernen unterstützen,
- Zusammenwachsen beider Städte stärken,
- alle Bürger und die Interessengruppen an dem Prozess beteiligen.

Das inzwischen beschlossene Leitbild umfasst als eines von insgesamt sechs Zielbereichen das "Zusammenleben in Vielfalt". Die damit verbundenen Leitlinien lauten:

- lebendige Demokratie durch aktive Bürgerbeteiligung und Mitbestimmung betreiben,
- Raum für neue Ideen und unterschiedlichste Bedürfnisse schaffen,
- Räumlichkeiten für Veranstaltungen allen Einwohnern und Interessengruppen gleichberechtigt zur Verfügung stellen,
- Angebote schaffen, welche die Begegnung und Kommunikation unter den Menschen fördern und die zugleich Anziehungspunkt für Besucher sind,
- das gemeinsame Erleben durch ein breites Kultur- und Freizeitangebot für alle fördern,
- die Lebenssituation Benachteiligter verbessern; der Gewalt entgegenwirken,
- Integration von Einwohnern ausländischer Herkunft fördern, kulturelle Vielfalt nutzen.

Projekttablauf und -beteiligte

Nach einer sechsmonatigen Vorbereitungsphase (v.a. Organisation, Sensibilisierungsarbeit, Einrichtung eines Agenda-Büros), die in einem von

beiden Gemeinderäten beschlossenen Agenda-21-Konzept mündete, startete im April 1999 Phase I: die Ideen-/Arbeitskreisphase. Über 150 Bürger aus beiden Rheinfelden entwickelten in neun Arbeitskreisen Ziele, Projektideen und Leitsätze. Der von den Gemeinderäten verabschiedete Leitbild-Entwurf diente als Basis für Phase II, die Projektphase: Bürger, Fachleute und Mitarbeiter beider Stadtverwaltungen erarbeiteten ab September 2000 in elf Projektgruppen konkrete Projektvorschläge. Beim grenzüberschreitenden Brückenfest 2001 wurden die Vorschläge in einer Ausstellung präsentiert. Anfang 2001 wurde ein Agenda-Rat gegründet, bestehend aus Stadträten und den Stadtoberhäuptern. Seine Aufgabe ist es, das im Mai 2001 von den Gemeinderäten beschlossene Leitbild in Verwaltung und Kommunalpolitik zu verankern.

Im Herbst 2001 wählten die Gemeinderäte die Projektvorschläge aus, die weiter ausgearbeitet werden sollten und läuteten damit Phase III des Prozesses ein: die Umsetzungs- und Stabilisierungsphase. In 2002 wurde die Öffentlichkeitsarbeit intensiviert. Ein Nachhaltigkeits-Check hilft seit 2003, die Entscheidungen der Gemeindegremien auf dieses Kriterium zu prüfen.

Wie geht's weiter?

Derzeit wird ein Berichtswesen aufgebaut, das auf Basis von Indikatoren ein Nachhaltigkeits-Controlling ermöglicht. Da das gemeinsame Agenda-Büro nach Abschluss von Phase II aufgelöst wurde, richtet Rheinfelden/Baden nun eine dauerhafte Anlaufstelle ein. Sie soll für Fragen rund ums bürgerschaftliche Engagement zuständig sein, Aufgaben des Stadtmarketings übernehmen und auch als Fremdenverkehrsbüro fungieren.

Weitere Informationen:

Stadtverwaltung Rheinfelden/Baden
 Amt für Jugend, Familie und Soziales
 Cornelia Rösner, Kirchplatz 2
 79618 Rheinfelden, Tel. 07623/95-321
 Internet: www.lokaleagenda21.ch

Projekt: "Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010" - Bereich Soziales, Heidelberg

Ziele des Projekts

Das oberste soziale Ziel des "Stadtentwicklungsplans Heidelberg 2010" (STEP) ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen sich ein soziales und kulturell vielseitiges Leben entfaltet. Dazu gehört u.a.: Erweiterung der Bürgerbeteiligung, Anerkennung der Vielfalt von Lebensformen, kulturelle Vielfalt, Gleichstellung von Männern und Frauen. Der Begriff "Solidarität" soll sich im STEP umfassend auf die gemeinsame Verantwortung für sozialen Ausgleich, für Benachteiligte wie auch für kommende Generationen beziehen.

Über die räumliche Entwicklungsplanung weit hinausgehend, soll STEP u.a. als programmatische Grundlage der Lokalen Agenda 21 dienen, die Transparenz der Kommunalpolitik erhöhen und zu einer freiwilligen Selbstbindung von Politik, Verwaltung und Gesellschaft führen. Als Steuerungsinstrument soll STEP Maßstäbe setzen, an denen sich die Entscheidungen des Gemeinderats und die Arbeit der Stadtverwaltung beurteilen lassen.

Projekttablauf und -beteiligte

STEP baut auf dem Stadtentwicklungskonzept der Stadt Heidelberg von 1974 auf. Nach einer Auftaktveranstaltung über die "Solidarische Stadt" in 1994 wurde ein STEP-Beirat eingerichtet, bestehend aus insgesamt ca. 20 Vertretern von Stadtverwaltung, Gemeinderat, örtlichen Institutionen (u.a. Umwelt-, Wohlfahrts-, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaft, Universität) und eines externen Gutachters. Das Amt für Stadtentwicklung und Statistik übernahm die Projektkoordination. 1995 starteten Phase I: Standortbestimmung mit Stärken-Schwächen-Analyse und Szenarien zur Stadtentwicklung, und Phase II: Entwurf von Leitlinien und Zielen durch den Gutachter und Erstellung eines Konzepts zur Konsensfindung. Ende 1995 wurde der STEP-Entwurf vorgelegt. Es folgte ein öffentlicher Diskussionsprozess mit Workshops, Podiumsdiskussionen, Veröffentlichungen in Stadtblatt und Internet. Zudem wurden rund 50 Organisationen und Verbände zur Stellungnahme aufgefordert. Nach Einarbeitung von Änderungsvor-

schlägen (360 Vorschläge gingen ein) wurde der STEP im Februar 1997 vom Gemeinderat verabschiedet.

Beispiel aus dem beschlossenen Zielkatalog: Im Bereich "Soziales" lauten die Leitlinien,

- Ausgrenzung zu verhindern (durch sozialen Ausgleich - z.B. indem bürgerschaftliches Engagement, Solidarität und die Mitsprache Betroffener unterstützt wird),
- selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und Gesundheit zu fördern (mit Bezug v.a. auf alte, behinderte, kranke Menschen, aber auch auf Kinder und Jugendliche),
- die Vielfalt der Lebensformen zu erhalten und zu fördern (z.B. durch Schaffung einer vielfältigen, bedarfsgerechten Infrastruktur).

Mit STEP wurde zugleich ein Berichtssystem beschlossen, um den Umsetzungserfolg zu überprüfen. 2002 wurde der erste Bericht zur Umsetzung des STEP veröffentlicht.

Wie geht's weiter?

Gemeinderat und Verwaltung sollen die Konkretisierung und Umsetzung der Ziele fortsetzen - bei der Beschlussfassung über verschiedenste Maßnahmen, die möglichst von Beteiligungs- und Dialogangeboten begleitet werden. Derzeit wird das Thema "demografischer Wandel" in die erste Fortschreibung des STEP eingearbeitet. Ein Projekttraster und Indikatorensystem wird aufgebaut, um schneller auf Steuerungsinformationen zugreifen zu können: Es soll alle Gemeinderatsvorlagen den STEP-Zielen zuordnen und Zielkonflikte verdeutlichen. Außerdem stellen die Fachämter jeweils detaillierte Zielkataloge auf, die mit STEP kompatibel sein müssen.

Weitere Informationen:

Städt. Amt für Stadtentwicklung und Statistik
 Bruno Schmaus
 Postfach 10 55 20
 69045 Heidelberg
 Tel. 06221/58-2150
 Internet: www.heidelberg.de/stadtentwicklung/step2010/index.htm

Projekt: Stadtteilentwicklung Oststadt-Südwest, Karlsruhe

Ziele des Projekts

Karlsruhe ist eine von derzeit 20 Gemeinden aus Baden-Württemberg, die an dem Bund-Länder-Programm "Soziale Stadt" teilnehmen. Im Rahmen dieses Programms (siehe Seite 10) wird das Karlsruher Quartier Oststadt-Südwest erneuert und saniert - wobei die Modernisierung ausdrücklich in Abstimmung mit den Menschen geplant wird, die dort leben, arbeiten und aufwachsen. Sie sollen bei lokalen Prozessen mitwirken und diese auch selbst initiieren können. Über die von der Stadtverwaltung bisher praktizierte Bürgerbeteiligung bei i.d.R. baulichen Maßnahmen hinaus sollen die Quartiersbewohner auch zu den Themenbereichen Soziales, lokales Gewerbe, Arbeit und Beschäftigung, Wohnen und Wohnumfeld in Beratungs- und Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Mit dieser "integrierten Stadtteilentwicklung" verfolgt die Stadt Karlsruhe das Ziel,

- durch Bürgermitwirkung und Stadtteileben die Identifikation mit dem eigenen Stadtviertel zu ermöglichen und zu verstärken,
- den Bürgern im unmittelbaren Lebensumfeld Sicherheit, Orientierung und Perspektive zu geben,
- gemeinschaftlich Maßnahmen zu entwickeln, die umsichtiger und bürgernäher realisiert werden können,
- durch die unterschiedlichen Perspektiven der Beteiligten neue, kreative Lösungen zu finden.

Projektablauf und -beteiligte

Das am 1.1.2000 gestartete Sanierungsprogramm soll im Quartier Oststadt-Südwest am 31.12.2007 abgeschlossen werden. Das citynahe, innerstädtische Wohnquartier ist großteils dicht bebaut und durch eine Mischung von Wohnen und Arbeiten geprägt. Zustand und Ausstattung der Gebäude sind meist sanierungsbedürftig, Flächen und Innenhöfe weisen einen hohen Versiegelungsgrad auf. In 1999 und 2000 von der Stadt durchgeführte Bürgerumfragen ergaben

erste Ansatzpunkte für ein Handlungsprogramm. Bei Stadtteilspaziergängen, Sondierungsgesprächen, dem Fotoprojekt "Räume für Kinder" (um Kinderinteressen frühzeitig in die Stadtteilentwicklung einzubinden) und der ersten Bürgerkonferenz im September 2001 wurden die Ansatzpunkte konkretisiert, die der Stadtteilentwicklung zugrunde gelegt werden sollen. Die Handlungsfelder lauten:

- Förderung des Wohnungswesens,
- Wohnumfeld (inkl. Verkehr) und öffentlicher Raum,
- öffentliche Sicherheit,
- soziale, kulturelle, bildungs- und freizeitbezogene Infrastruktur,
- Versorgungsinfrastruktur,
- Bürgermitwirkung, Stadtteileben.

In 2002 wurden Vorträge und Planungsworkshops, Diskussionsrunden z.B. zum "Älter werden im Quartier", eine Kunst-Projektwoche, eine "Müllsheriff"-Putzaktion und ein Sport-Aktionstag veranstaltet. In Projektgruppen erarbeiteten Bürger z.T. mit Beteiligung städtischer Ämter die ersten Lösungsvorschläge, z.B. zu Straßenraumgestaltung und Parkraummanagement. Runde Tische mit Vertretern aus Bürgerschaft, Verwaltung, Institutionen und Verbänden wurden gebildet; z.B. zum Thema Jugend und Qualifizierung, um die Zusammenarbeit im Jugendbereich zu verstärken und weitere Jugendprojekte anzustoßen. Zur stärkeren Beteiligung der ausländischen Mitbürger hat eine türkische Bewohnerin die Rolle einer interkulturellen Vermittlerin übernommen. Zunächst etablierte sich ein internationales Frauenfrühstück, dann folgten ein Sprachkurs, ein Nähkurs und eine Vortragsreihe zu Gesundheit, Schule, Familienbildung und weiteren Themen.

Auf der zweiten Bürgerkonferenz im Oktober 2002 wurde über die bisherigen Maßnahmen und Ergebnisse berichtet. Die dritte Konferenz im Juli 2003 stand unter dem Motto: Verstetigung der Stadtteilarbeit durch die Aktiven vor Ort.

Nach Abschluss der rund zwei Jahre andauernden Haupt- bzw. Planungsphase folgt nun die Umsetzungs- bzw. Fortführungsphase: Bauliche Maßnahmen werden durchgeführt, soziale Projekte fortgesetzt und weiterentwickelt.

Begleitet wird das Gesamtprojekt durch Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit. Fortlaufend wird die Intention des Sanierungsprogramms und der Vorgehensweise kommuniziert und über möglichst viele einzelne Etappen berichtet - auch um den prozesshaften Charakter des Projekts zu verdeutlichen und die Bewohner nicht nur in der Anfangsphase zum Mitmachen zu animieren. Weitere Ziele lauten, ein positives Image der Oststadt zu vermitteln und die Identifikation mit dem Stadtteil zu stärken.

An dem Gesamtprojekt sind mehrere Gremien beteiligt: Im März 2001 wurde ein Sanierungsbeirat eingerichtet, in dem Gemeinderatsfraktionen, Kammern, Verbände, der Bürgerverein Oststadt und Ämter der Stadtverwaltung vertreten sind. Der Beirat prüft die Zwischenergebnisse und spricht Empfehlungen an den Gemeinderat aus. Eine Lenkungsgruppe aus Vertretern der Verwaltung, der Moderation und des Bürgervereins koordiniert die laufende Arbeit, eine Projektgruppe der Verwaltung vernetzt Planungen und Maßnahmen mit den Fachämtern. Als Bindeglied zwischen Verwaltung und Stadtteil fungiert die Koordinierungsstelle Stadtsanierung, die auch die Leitung des Gesamtprojekts inne hat.

Ein externes Moderatoren-Team erhielt im April 2001 den Auftrag, die von der Koordinierungsstelle geleitete Bürgerbeteiligung zwei Jahre lang durch Moderation und Quartiersmanagement zu ergänzen. Innovative Verfahren der Bürgerbeteiligung sollten eingesetzt und neue Organisations- und Managementformen vor Ort angewendet werden. Hierzu hat die Koordinierungsstelle im Juni 2001 ein Stadtteilbüro eröffnet.

Wie geht's weiter?

Mehr als 1.000 Bürger, so schätzt die Koordinierungsstelle, haben sich an dem bisherigen Stadtteilentwicklungsprozess beteiligt. Nun geht es darum, die Stadtteilarbeit durch bürgerschaftliches Engagement auch nach dem Abschluss der professionellen Moderation im Juli 2003 zu verstetigen. Als Ansprechpartner für die Anliegen aus dem Stadtteil haben engagierte Bürger den "i-Treff" gegründet, um den Beteiligungsprozess aktiv fortzuführen. Sie veranstalten monatliche

Informations- und Diskussionsrunden und führen Aktionen im öffentlichen Raum durch; geplant sind z.B. Aktionen zu "Kunst im Straßenraum", zu Sauberkeit, zu Aufenthaltsräumen/Parkbänken und zum Thema Wohnraum in der Oststadt. Der "i-Treff" arbeitet mit der Koordinierungsstelle Stadtentwicklung, dem Bürgerverein und anderen Gruppen eng zusammen.

Das Stadtteilbüro soll über das Jahr 2003 hinaus (und wenn nötig bis Ende 2007) als Anlaufstelle bei Bürgerbeteiligungen, als Beratungs- und Info-Zentrum z.B. bei Fragen zu privaten Sanierungsvorhaben und für Gruppen und Aktionen zur Verfügung stehen. In 2003 wurde die Infrastruktur des Büros ausgebaut. "i-Treff", Bürgerverein und weitere bürgerschaftliche Gruppen nutzen das Büro inzwischen für Sitzungen, Treffen und Sprechstunden und für Verwaltungsarbeiten.

Für 2004 ist geplant, mehrere im Rahmen des Komplementärprogramms "Lokales Kapital für soziale Zwecke" begonnene Projekte weiterzuführen und neue Ideen umzusetzen. Beteiligt sind städtische Ämter, verschiedene Träger aus dem sozialen Bereich - und die Bewohner der Oststadt.

Weitere Informationen:

Stadt Karlsruhe
Koordinierungsstelle Stadtsanierung
Michael Fritz
Zähringerstr. 72
76133 Karlsruhe
Tel. 0721/133-1840
Internet: www.sozialestadt.de, www.karlsruhe.de/Stadtentwicklung

Projekt: Dienstleistungstauschring "MaDiTa", Mannheim

Ziele des Projekts

Entstanden ist der Mannheimer Dienstleistungstauschring (kurz: MaDiTa) aus einer Idee heraus, die sich seit seiner Gründung im Juni 1996 in dem folgenden Aufruf widerspiegelt: "Wenn Sie sich nicht damit abfinden wollen, dass Ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten brach liegen, dass Sie zu viel freie Zeit haben, dass Ihre finanziellen Spielräume Sie immer mehr einschränken, dann machen Sie doch mit!"

Entsprechend lauten die Ziele des Projekts,

- Können, Wissen und Talente der Bürger zu vermitteln und folglich nutzbar zu machen,
- nachbarschaftliche Hilfe zu fördern,
- freie Zeit vor allem von alten, erwerbslosen
- der allein stehenden Menschen sinnvoll zu füllen,
- gerade in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit eine Alternative zum Geldsystem zu bieten und die private Haushaltskasse zu entlasten.

Projekttablauf und -beteiligte

MaDiTa besitzt derzeit knapp 100 Mitglieder. Mitmachen kann jeder, der Dienstleistungen (z.B. Nachhilfe, Babysitten), aber auch Waren bargeldlos tauschen möchte. Als Tauschwährung dient der "Mannheimer Batzen", kurz: MaBa. Alle Mitglieder besitzen ein MaBa-Konto und zahlen bargeldlos mit ihrem Tauschring-Scheckheft. Dabei entspricht ein MaBa immer zehn Minuten Arbeitszeit - egal ob Rasen gemäht oder Klavierunterricht erteilt wird, Autos gewaschen, Zimmer tapeziert oder Märchen vorgelesen werden. Die Möglichkeit, MaBas in Euro umzutauschen, gibt es bei diesem Projekt natürlich nicht.

Über Soll und Haben der Mitglieder-Konten wacht die MaDiTa-Zentrale. Sie gibt außerdem eine Mitgliederzeitung mit aktuellen Tausch-Gesuchen und -Angeboten heraus und organisiert regelmäßige Tauschbörsen, die auch dem persönlichen Kennenlernen von Mitgliedern und Interessierten dienen. Um die hierfür anfallenden Kosten zu decken,

werden eine einmalige Aufnahmegebühr und vierteljährliche Teilnahmegebühren erhoben.

Ein Leitungskreis aus fünf Mitgliedern überwacht die Organisation und Verwaltung des Tauschrings. Ein Mal pro Jahr findet eine Vollversammlung mit allen Mitgliedern statt.

Wie geht's weiter?

"Mach mit"-Aktionen, Anzeigen im örtlichen Stadtmagazin, Flugblätter und Info-Stände sollen auch weiterhin für Mitgliederzuwachs sorgen. Je höher die Mitgliederzahl, so die Hoffnung des Leitungskreises, desto bunter wird die Palette der angebotenen Dienstleistungen und umso reger wird getauscht.

Weitere Informationen:

Dienstleistungstauschring MaDiTa
Andreas Frank (Mitglied des Leitungskreises)
M1, 8-9
68161 Mannheim
Tel. 0621/7621775
Tel. MaDiTa-Zentrale, mittwochs 17-19 Uhr:
0621/14762

Projekt: "Begegnungszentrum", Bad Waldsee

Ziele des Projekts

Mit dem Betrieb des "Begegnungszentrums Dachsweg 7 bei den Walz-Hochhäusern", Bad Waldsee, sollen die folgenden Ziele erreicht werden:

- das Alt-Werden als bewusste Lebensplanung unterstützen,
- offene Angebote für Senioren einrichten,
- soziale Kontakte fördern,
- das Zusammenleben von Zugezogenen und Einheimischen sowie von Alt und Jung gestalten,
- kreative und religiöse Angebote, Treffpunkte etc. ermöglichen,
- eine Kleiderstube einrichten,
- vielfältige Möglichkeiten für bürgerschaftliches Engagement schaffen.

Dabei soll das Zentrum nicht nur als Begegnungsstätte für Bad Waldseer Bürger fungieren, sondern auch der besseren Vernetzung der zahlreichen an dem Projekt beteiligten Institutionen, Gruppen und Vereine dienen.

Projekttablauf und -beteiligte

Die drei Walz-Hochhäuser, eine Seniorenwohnanlage mit 99 Wohnungen, wurden 1969 erbaut. Als Ende 1996 das an die Wohnanlage angegliederte Ladengeschäft schließen musste, wurde die Idee eines Begegnungszentrums geboren. Nachbarschaftliche Hilfe und Kontakte sollten gefördert werden, denn viele Senioren waren inzwischen hoch betagt und auch vereinsamt. Auf Initiative des Hausbesitzers, der die Kosten für den Umbau des Ladens übernahm und das Zentrum seither als Sponsor unterstützt, sowie der früheren Ladeninhaberin, der evangelischen und der katholischen Kirche und der ehemaligen IAV-Stelle Baden-Württemberg wurde das Begegnungszentrum 1997 eröffnet. Durch engagierte Bürgerinnen und einige Bürger zog in die Räume eine bunte Vielfalt an Gruppen ein, die das Zentrum als gleichberechtigte Partner betreiben: die Seniorenarbeit der katholischen und der evangelischen Kirchengemeinden, die Jugendkunstschule, die Arbeiterwohlfahrt, die katholische Arbeitnehmer-

bewegung, die Kleiderstube, das "Sonntagscafé-Team" und Spielegruppen der Senioren.

Die Vertreter dieser Gruppen treffen sich ein Mal pro Monat, um den laufenden Betrieb des Zentrums zu planen und zu koordinieren. Um rechtliche Fragen kümmern sich die beiden Kirchengemeinden.

Neben regelmäßigen Terminen wie dem sonntäglichen Kaffee-Treff mit Lesung oder Ausstellung, den Kunststunden, Spiele-Nachmittagen und Schach-Abenden bietet das Begegnungszentrum auch ein umfangreiches, monatlich wechselndes Programm. Zum Beispiel: Basteln, Singen, Tanzen, Kurse in Aquarellmalerei oder fürs Gestalten mit Gips, außerdem Vorträge, Ausflüge und Feste. Ein dauerhafter Bestandteil des Zentrums ist die Kleiderstube. Initiiert vom ökumenischen Helferkreis der Kirchengemeinden, werden die von Waldseer Bürgern gespendeten Kleidungsstücke zu niedrigen Preisen verkauft. Der Erlös fließt in soziale Projekte etwa des Arbeitskreises Asyl oder der "Mütter in Not".

Das Begegnungszentrum ist Preisträger des Wettbewerbs "Peperoni für Agenda 21", den die Arbeitsgemeinschaft katholischer Organisationen und Verbände der Diözese Rottenburg-Stuttgart Anfang 2002 durchgeführt hat.

Wie geht's weiter?

In 2002 hat sich die Seniorengruppe "Nützlich" aufgelöst. Aktuell besteht außerdem die Gefahr, dass sich Sponsoren aus finanziellen Gründen aus der Förderung des Begegnungszentrums zurückziehen. Der Betrieb des Zentrums soll dennoch möglichst unverändert fortgeführt werden.

Weitere Informationen:

Margit Hofmeister
 Begegnungszentrum Bad Waldsee
 Koordinationsteam
 Schillerstr. 19
 88339 Bad Waldsee
 Tel. 07524/3131

Projekt: "Nachbarschaftsfrühstück zur Lokalen Agenda 21" im EKIZ, Stuttgart

Ziele des Projekts

Das Eltern-Kind-Zentrum (EKIZ) in Stuttgart hat sich mit dem Projekt "Nachbarschaftsfrühstück zur Lokalen Agenda 21" das Ziel gesetzt, in der ungezwungenen Atmosphäre von Frühstücksrunden

- die Begriffe "Agenda 21" und "Nachhaltige Entwicklung" anschaulich zu vermitteln und die Bedeutung, Inhalte, Ziele und Möglichkeiten der Lokalen Agenda bekannt zu machen,
- Menschen für den lokalen Agenda-Prozess zu interessieren,
- mit Bezug zum Stadtteil Beispiele aufzuzeigen und konkrete Projekte zu erläutern, um damit den Begriff der Lokalen Agenda 21 mit Leben zu füllen.

Zur Zielgruppe gehören explizit auch Menschen, die an öffentlichen Veranstaltungen und an öffentlichen Prozessen der Meinungsbildung in der Regel nicht teilnehmen. Sie sollen eigene Ideen und Vorschläge für konkrete Veränderungen in ihrem Wohnumfeld einbringen können, ohne dabei befürchten zu müssen, gleich für die Aktion vereinnahmt zu werden und ehrenamtliche Arbeit leisten zu müssen.

Projektablauf und -beteiligte

Von Oktober 1999 bis Oktober 2000 wurde jeweils montags zum Nachbarschaftsfrühstück eingeladen. In diesem Zeitraum unterstützte das Land die private Initiative mit Fördermitteln. Im Durchschnitt haben zwischen zehn und 20 Personen an den Veranstaltungen teilgenommen, in deren Mittelpunkt Vorträge, Diskussionen und Aktionen zu wechselnden Themen standen.

Das Projekt wurde zum kontinuierlichen Café weiterentwickelt. So gibt es weiterhin ein Nachbarschaftsfrühstück mit politischem Rahmen, dienstags außerdem einen Frühstückstreff. Die Küche wurde auf Lebensmittel aus ökologischem Landbau umgestellt; angeboten wird ausschließlich vegetarische Kost. Das großzügige, lichtdurchflutete Stadtteil-Café bildet das Herzstück des Zen-

trums und wurde mittlerweile zum Internet-Café ausgebaut: Unter fachkundiger Anleitung kann man sich nun auch im weltweiten Netz über die Agenda 21, ihre Themen, Projekte und Akteure informieren.

Den laufenden Betrieb des Zentrums ermöglicht ein Team von rund 60 ehrenamtlichen Mitarbeitern - wobei die Grenze zwischen Ehrenamtlichen und Besuchern fließend verläuft: Viele Gäste bringen eine große Bereitschaft zum Engagement fürs EKIZ mit.

Das EKIZ bietet außerdem Kinderbetreuung, Kleinkindgruppe, Babysitterzentrale, ein Kursangebot, ein Ferienprogramm u.v.m. und beherbergt unter anderem das Mütterforum, einen Second-Hand-Shop und die Verbraucherinitiative Plattsalat. Geöffnet hat das Zentrum von Montag bis Freitag, 9 bis 18 Uhr, und bei Veranstaltungen auch am Wochenende.

Wie geht's weiter?

Das montägliche "Nachbarschaftsfrühstück zur Lokalen Agenda 21" wurde ausgeweitet, inzwischen steht das ganze Haus unter dem einstigen "Montags-Motto": Die Themen der Lokalen Agenda 21 spiegeln sich im gesamten Programm des EKIZ wider, eine "Action-Agenda" oder "Agenda in Aktion" soll das Zentrum beleben. Veranstaltungen zu politischen Themen beschäftigen sich vor allem mit Frieden und Armut, Globalisierung, Umwelt, Ernährung und Gesundheit, Infrastruktur- und Stadtplanung; aber auch alle weiteren Themen der Lokalen Agenda 21 sollen im Rahmen einer "Politik am Kaffeetisch" zur Sprache kommen.

Weitere Informationen:
 Eltern-Kind-Zentrum (EKIZ)
 Andrea Laux
 Ludwigstr. 41-43
 70176 Stuttgart
 Tel. 0711/505368-30, -35

Projekt: "Bürgertreff", Beilstein

Ziele des Projekts

Die Integration aller Bürger in ein reichhaltiges soziales Miteinander und ihre Einbindung in die Beilsteiner Strukturen und Kulturen, so lautet das Ziel des Projekts "Bürgertreff" in Beilstein. Der im April 2002 eröffnete Bürgertreff soll das Angebot von Vereinen, Kirchengemeinden und Volkshochschule ergänzen: als sozialer Mittelpunkt und offener Raum der Begegnung für Bürger aller Altersgruppen, die mit ihren Mitbürgern ins Gespräch kommen oder gemeinsam das Freizeitangebot des Bürgertreffs nutzen möchten.

Projektlauf und -beteiligte

Mit ihrer Idee, einen Bürgertreff einzurichten, stießen die rund 20 Mitglieder der Arbeitsgruppe "Soziales, Kultur, Jugend und Senioren" der Lokalen Agenda 21 in Beilstein auf positive Resonanz - sowohl bei den Bürgern, die auf Infoständen und per Flugblattaktionen befragt wurden, als auch bei der Stadtverwaltung. Auf die Konzeptionsphase, die Information der Bürger und die Vorstellung des Konzepts im Gemeinderat folgte die Suche nach geeigneten Räumen, deren Renovierung und Einrichtung. Diese insgesamt ein Jahr dauernde, von regelmäßiger Pressearbeit begleitete Planungs- und Aufbauphase wurde von den ehrenamtlichen Mitarbeitern der Agendagruppe in Eigenregie geleistet.

Der städtische Bauhof übernahm die Transporte, außerdem stellte die Gemeinde 1.000 Euro als Anschubfinanzierung zur Verfügung und kommt seither für Miete, Telefon, Müllgebühren, Reinigung etc. auf. Die Agendagruppe konnte außerdem auf Sachspenden zurückgreifen: Schränke, Tische und Stühle, Spielzeug und vieles mehr wurde vorwiegend von Bürgern gespendet. Auf laufende Zuschüsse oder Finanzierungshilfen seitens der Stadt ist das Projekt dank der zahlreichen ehrenamtlichen Mitarbeiter bisher nicht angewiesen.

Für den laufenden Betrieb sorgt die Agendagruppe, die Anfang des Jahres 2003 in einen kleineren internen Kreis untergliedert wurde. Dieser ist für den Cafébetrieb (derzeit sechs Personen im

Wechsel) und die Kleinkinderbetreuung (vier Personen im Wechsel) zuständig.

Der 200 Quadratmeter umfassende Bürgertreff findet Platz im Dachgeschoss einer alten, unter Denkmalschutz stehenden Fachwerkkeller, in der früher die Stadtbücherei untergebracht war. Das Angebot des Bürgertreffs reicht von der Kleinkinderbetreuung durch erfahrene Erzieherinnen über einen Cafétreff, Spielnachmittage und Skatrunden bis zu Malkursen, Literatur- und Filmabenden. Zudem nutzen Volkshochschule und Beilsteiner Vereine den Bürgertreff für ihre Sitzungen, Kurse und Veranstaltungen.

Wie geht's weiter?

Für die mittelfristige Zukunft ist geplant, weitere Themennachmittage und -abende unter anderem aus dem Bereich Kultur regelmäßig zu veranstalten, wobei die Bürger selbst ihre Fähigkeiten einbringen und weitergeben können - Bürger für Bürger also. Das Freizeitangebot soll durch ein Internetcafé, durch Ausstellungen, an denen sich auch Beilsteiner Schulen beteiligen, und durch regelmäßige Willkommenstreffen für Neubürger ergänzt werden. Angestrebt wird außerdem, den Bürgertreff mit einem zukünftigen Info- bzw. Tourismusbüro der Gemeinde Beilstein zu vernetzen.

Weitere Informationen:

Lokale Agenda 21 Beilstein, Arbeitsgruppe D
(Soziales, Kultur, Jugend und Senioren)
Peter Michael Homolka
Brückerweg 6
71717 Beilstein
Tel. 07062/930637

Projekt: "Treffpunkt Bürgerschaftliches Engagement", Freiburg

Ziele des Projekts

Mit der Eröffnung des "Treffpunkt Freiburg - Treffpunkt Bürgerschaftliches Engagement" sollte im November 2000 ein wichtiger Akzent für den weiteren Agenda-Prozess gesetzt werden. Ziel des Projekts "Treffpunkt Freiburg" ist es, Raum zu schaffen für bürgerschaftliches Engagement. Der "Treffpunkt" soll als offene Tür, Forum und Werkstatt dienen:

- als offene Tür für Gruppen, Initiativen, Institutionen, Bürgerinnen und Bürger,
- als Forum für Dialog, Zusammenarbeit, Vernetzung, Information,
- als Werkstatt für Ideen und Projekte, Kultur und Beteiligung.

Die Einrichtung soll einen Rahmen bilden, um den Freiburger Agenda Prozess mit anderen Formen bürgerschaftlichen Engagements zu verknüpfen und inhaltlich-organisatorisch zusammenzuführen. Sie soll als zentrale Anlaufstelle für alle bürgerschaftlichen Gruppen fungieren und dadurch zum Schaufenster des bürgerschaftlichen Engagements in Freiburg werden. So kann das Projekt auf umgrenztem Raum aufzeigen, worin der Vorteil des mit der Agenda 21 verbundenen Partizipationsprinzips liegt: in einem Fundus vielfältigen Wissens und unterschiedlichster Erfahrung, einem großen Ideen-Pool und, zusammen genommen, in einer hohen Problemlösungskompetenz.

Projekttablauf und -beteiligte

Das Projekt basiert auf einer Idee und einem Konzept von FARBE, der Freien Arbeitsgemeinschaft für Bürgerschaftliches Engagement, der Denkwerkstatt Bürgerschaftliches Engagement und des Freiburger Forum 21. Im Verlauf der Lokalen Agenda 21 Freiburg trugen Bürgerinnen und Bürger im Rahmen eines breit angelegten Beteiligungsprozesses zur Entwicklung des Konzepts bei. Die Stadt griff die Initiative auf und begleitete sie konzeptionell, stellte Räume zur Verfügung und bezuschusste den Umbau und die Renovierung, die größtenteils in ehrenamtlicher Arbeit durchgeführt wurde. Geld- und Sachspenden flos-

sen in Einrichtung und technische Ausstattung. Der "Treffpunkt" wird von Bürgern und Initiativen, der Lokalen Agenda 21 und der Stadt Freiburg gemeinsam getragen und von engagierten Initiativen und Institutionen selbst organisiert. Mit Fördermitteln des Landes wurde eine ABM-Stelle für Koordinierungsaufgaben eingerichtet. Die Kosten des laufenden Betriebs übernimmt die Stadt. Neben dem Agenda-Büro und der Geschäftsstelle von FARBE bietet die Einrichtung Räume für Gruppen, Vereine und Institutionen aus allen Bereichen des bürgerschaftlichen Engagements - für Treffen, Sitzungen, Seminare und sonstige Veranstaltungen. Die Mitarbeiter im "Treffpunkt" halten Informationen zum bürgerschaftlichen Engagement und zur Freiburger Agenda 21 bereit. Sie geben neuen Initiativen Hilfestellung, unterstützen die Gruppen bei der Öffentlichkeitsarbeit und bieten Präsentationsmöglichkeiten. Sie führen Beratungsgespräche und organisieren Veranstaltungen und Aktionen. Und sie dienen als Ansprechpartner und Schnittstelle zu den im Haus aktiven Vereinen und Initiativen: Mit mehr als 70 Gruppen steht der "Treffpunkt" in Kontakt, rund die Hälfte davon nutzt die Räume regelmäßig für ihre Treffen und Projekte.

Wie geht's weiter?

Das zu Grunde liegende Konzept soll fortlaufend weiterentwickelt und verfeinert werden. Der "Treffpunkt" soll sich weiter etablieren, noch stärker als Kristallisationspunkt für bürgerschaftliches Engagement genutzt werden und als solcher auch in der Öffentlichkeit deutlicher in Erscheinung treten.

Weitere Informationen: Treffpunkt Freiburg Rainer Bellenberg Wilhelmstr. 20 79098 Freiburg Tel. 0761/7678515 Internet: www.treffpunktfreiburg.de

Projekt: Helferfibel "AHA - alle helfen allen", Gerlingen

Ziele des Projekts

Die Helferfibel "AHA - alle helfen allen" der Lokalen Agenda 21 in Gerlingen soll ehrenamtliche Arbeit fördern und dazu beitragen, dass sozial engagierte Gruppen personelle Unterstützung für ihre Projekte und Veranstaltungen finden. Das Nachschlagewerk soll Bürgern helfen, mit diesen Gruppen in Kontakt zu treten, die verschiedenen Gruppen also mit "potenziellem Engagement" vernetzen und den Austausch zwischen den Gruppen intensivieren. Daraus soll sich dann eine Tauschbörse von Hilfeleistungen jeder Art entwickeln.

Projekttablauf und -beteiligte

Bei einem Runden Tisch im März 2000, zu dem der Arbeitskreis "Gemeinsinn" der Lokalen Agenda in Gerlingen sozial engagierte Organisationen eingeladen hatte, stellte sich heraus, dass es vor allem an personeller Hilfe mangelte und diese zudem immer schwieriger zu erhalten war. Unter dem Motto "Kooperation zum gegenseitigen Nutzen" entstand die Idee, eine Helferfibel zu veröffentlichen.

Im Juni 2001 gab der Arbeitskreis, dem sieben Bürgerinnen und Bürger angehören, die erste Helferfibel heraus. Die zweite Auflage folgte Anfang 2002. Auf etwa 40 Seiten im Format DIN A5 informiert die Helferfibel über die Arbeit, die Projekte und Veranstaltungen von rund 15 sozial engagierten Vereinen, Initiativen und Einrichtungen. Sie beschreibt, für welche Aufgaben ehrenamtliche Helfer gesucht werden, ob dafür spezielle Kenntnisse und Fähigkeiten erforderlich sind, wann und wie lange die Hilfe benötigt wird und wer für weitere Informationen als Ansprechpartner zur Verfügung steht. Denn je genauer die Menschen wissen, worauf sie sich einlassen, desto eher sind sie bereit mitanzupacken.

Die Helferfibel liegt im Rathaus und in der Volkshochschule aus. Alle Gerlinger Bürger können sie außerdem beim Agenda-Büro der Stadt kostenlos bestellen.

Wie geht's weiter?

Die nächste, um weitere Vereine und Gruppen ergänzte Ausgabe der "AHA-Helferfibel" soll im Laufe des Jahres 2003 erscheinen.

Weitere Informationen:

Barbara Günther
Lokale Agenda 21,
Arbeitskreis "Gemeinsinn"
Engelbergstr. 28/1
70839 Gerlingen
Tel. 07156/27651
Tel. Agenda-Büro: 07156/205-255

**Projekt: Handbuch "miteinander füreinander",
Uhingen****Ziele des Projekts**

Das Handbuch "miteinander füreinander" der Lokalen Agenda 21 in Uhingen soll zur Nutzung vorhandener Angebote von Vereinen, Gruppen und Einrichtungen anregen und das Wir-Gefühl der Uhinger Bürger stärken. Zugezogenen soll es den Kontakt und das Einleben in ihrer neuen Heimat erleichtern.

Projektlauf und -beteiligte

Auf der Suche nach Ideen, wie das Miteinander und Füreinander in Uhingen gefördert werden kann, stellten die 12 Mitglieder der Agenda-Arbeitskreis "Soziales, Bildung und Kultur" fest: Die bereits bestehenden Angebote sind vielfältiger, als die meisten gehnt hatten. So sollte zuerst das Vorhandene in einem Handbuch bekannt gemacht werden.

Das Handbuch wurde im Oktober 2001 mit finanzieller Unterstützung durch die Stadt veröffentlicht. Das über 100 Seiten starke, kostenlos erhältliche Heft beschreibt Angebote aus den Bereichen Sport, Musik, Geselligkeit, Soziales und Gesundheit, Kultur und Bildung, Natur und Tiere, Glaube und Religion. Differenzierte Angaben samt Ansprechpartnern sollen die Kontaktschwelle niedrig halten.

Wie geht's weiter?

Geplant ist, die Informationen zu aktualisieren und sie im Internet, evtl. auch auf CD-ROM zu veröffentlichen. Eine zweite Druckauflage des Handbuchs wird aus Kostengründen derzeit ausgeschlossen.

Weitere Informationen:
Stadtverwaltung Uhingen
Agenda-Büro
Martina Bartos
Kirchstr. 2
73066 Uhingen
Tel. 07161/9380-127

Projekt: Leitfaden "Psychosoziale Hilfsangebote", Brackenheim

Ziele des Projekts

Mit der Herausgabe des Leitfadens "Psychosoziale Hilfsangebote in Brackenheim" wurden folgende Ziele verbunden:

- Bürgerinnen und Bürgern aufzuzeigen, wo sie bei den unterschiedlichsten psychosozialen Problemen Rat und Hilfe finden können - ohne große Formalitäten, aber mit viel persönlichem Engagement, Zuwendung und Verschwiegenheit,
- Hemmschwellen der betroffenen Bürger abzubauen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen,
- den Erfahrungsaustausch zwischen den beteiligten Gruppen und Einrichtungen zu fördern und ein Netzwerk psychosozialer Einrichtungen in Brackenheim aufzubauen.

Projekttablauf und -beteiligte

Der Leitfaden wurde von der Projektgruppe "Tag der Hilfe" aus dem Arbeitskreis "Freizeit, Kultur, Soziales" der Lokalen Agenda 21 Brackenheim erstellt und Ende 2001 in einer Auflage von 2.000 Exemplaren herausgegeben. Den konkreten Anlass gab der "Tag der Hilfe" am 2. Dezember 2001.

Die 24-seitige Broschüre enthält eine Zusammenstellung von ehrenamtlich helfenden Einrichtungen und Selbsthilfegruppen in Brackenheim, die sich speziell psychosozialer Probleme annehmen. Unter den rund 20 alphabetisch geordneten Gruppen und Institutionen sind zum Beispiel aufgeführt: der Ambulante Sozialpsychiatrische Dienst, die Anonymen Alkoholiker, der Hospiz-Dienst, die Suchtkrankenhilfe, außerdem Selbsthilfegruppen für Alleinerziehende, für Übergewichtige, für Trauernde, für Menschen mit und nach Krebs oder für Menschen, die unter Ängsten leiden. Der Leitfaden informiert sowohl über die grundsätzlichen Aufgabenbereiche der Gruppen und Einrichtungen als auch über ihre konkreten Arbeitsweisen, Projekte und Veranstaltungen. Ansprechpartner und die Termine regel-

mäßiger Treffen werden ebenfalls genannt.

Unterstützt wurde das Projekt vom Sozialministerium Baden-Württemberg, Geschäftsstelle Bürgerschaftliches Engagement und Seniorengenosenschaften, im Rahmen der Landesnetzwerkförderung.

Wie geht's weiter?

Aufbauend auf dem Leitfaden-Projekt haben die beteiligten Institutionen einen "Psychosozialen Arbeitskreis" ins Leben gerufen, der auch für die geplante Fortschreibung des Leitfadens "Psychosoziale Hilfsangebote in Brackenheim" zuständig sein wird. Künftig soll der Arbeitskreis im etwa halbjährlichen Turnus zum Erfahrungsaustausch zusammentreffen. Entstehen soll ein Netzwerk der psychosozialen Gruppen und Einrichtungen in Brackenheim, um die Kontakte und den Austausch untereinander zu vertiefen und dauerhaft zu gestalten.

Im November 2002 veranstaltete der Arbeitskreis außerdem einen ersten Vortragsabend zum Thema Telefonseelsorge; weitere Vortragsveranstaltungen zu Themen aus dem psychosozialen Bereich sollen folgen.

Weitere Informationen:
 Rathaus Brackenheim
 Agenda-Büro
 Dr. Wolfgang Zoll
 Marktplatz 1
 74336 Brackenheim
 Tel. 07135/105-185

Projekt: Kriminalprävention mit "Plakat-Aktionen und mehr", Bretten

Die Ziele der Projekte

Mehrere Projekte zur kommunalen Kriminalprävention wurden im Rahmen der Agenda 21 in Bretten, Landkreis Karlsruhe, gestartet. Sie dienen zugleich der Suchtprävention und haben Kinder und Jugendliche als Ziel- bzw. betroffene Gruppen. Die langfristig angelegte Aktion "Wegschauen ist keine Lösung" soll

- Eltern, Schulen und Vereinen (also all jenen, die Erziehungsverantwortung tragen) den Jugendschutzgedanken näher bringen - sei es mit Blick auf Zigaretten, Alkohol oder Spielsalon,
- die Verfügbarkeit von Suchtmitteln im Kindes- und Jugendalter reduzieren
- und somit wirkungsvolle, gemeinschaftlich getragene, ortsnahe Suchtprävention ermöglichen.

Eine zweite, bereits abgeschlossene Aktion, der Mal- und Plakat-Wettbewerb "Stark gegen Sucht und Gewalt", sollte Jugendliche für das Thema sensibilisieren. Zusammen mit weiteren Projekten (z.B. Streetballturnier, Jugendkulturtage, Begehung öffentlicher Jugend-Treffpunkte) diente der Wettbewerb dazu,

- Kontakte zu Jugendlichen herzustellen,
- jungen Leuten das bestehende Sucht- und Gewaltpotenzial zu veranschaulichen,
- auf die Vorbildwirkung von Erwachsenen aufmerksam zu machen,
- Gewalttätigkeit, Drogenmissbrauch und somit Straftaten vorzubeugen.

Projektablauf und -beteiligte

Der Wettbewerb "Stark gegen Sucht und Gewalt" wurde von der Stadt Bretten initiiert und vom Fachlenkungskreis "Sicherheit und Ordnung" der Agenda 21 und seinem AK "Sucht- und Gewaltprävention" gemeinsam mit Brettener Schulen durchgeführt. Im Februar 2001 wurde der Wettbewerb öffentlich ausgeschrieben, die eingereichten Arbeiten wurden im Juni 2001 öffentlich vorgestellt. Aus den über 200 Entwürfen wurden zwei Plakate ausgewählt, im Format DIN A1 gedruckt und im Stadt-

gebiet präsentiert. Das Landeskriminalamt hat das Projekt finanziell unterstützt.

Die in 2001 begonnene Aktion "Wegschauen ist keine Lösung" geht vom Landkreis Karlsruhe aus; sie erstreckt sich inzwischen über alle Gemeinden des Kreises. Die Werbekampagne für mehr Zivilcourage und aktiven Jugendschutz setzt sich zusammen aus:

- Plakate ("Mit 13 "voll" im Leben" mit trinkenden und rauchenden Jugendlichen als Comic-Motiv) an Bahn- und Bushaltestellen,
- großflächige Aufschrift auf Straßenbahnen,
- kleine DIN A3-Plakate mit Auszügen aus dem Jugendschutzgesetz zum Verteilen,
- Elternseminare und standardisierte Elternabende zur Information und Aktivierung von Eltern und Lehrern (mit Wirksamkeitsstudie, Vorher-Nachher-Befragung).

Beteiligt sind u.a. lokale Elterninitiativen, Suchtberatungsstellen und die örtlichen Polizeireviere, unterstützt vom Lionsclub und einer Werbeagentur. Anfang 2002 hat der AK in Bretten die nächste Stufe des Aktionsprogramms umgesetzt:

- Einsatz eines "Kümmerers" bzw. ehrenamtlichen Jugendschutzbeauftragten als Informationsgeber und Anlaufstelle für Jugendliche und Erziehungsverantwortliche.

Wie geht's weiter?

In 2003 wurden die DIN A3-Plakate aufgrund des geänderten Jugendschutzgesetzes überarbeitet. Die gesamte Aktion "Wegschauen ist keine Lösung" soll unter verstärkter Öffentlichkeitsarbeit fortgeführt werden.

Weitere Informationen:

Stadtverwaltung Bretten, Ordnungsamt
Karin Franz, Leiterin des Fachlenkungskreises "Sicherheit und Ordnung"
Untere Kirchgasse 9
75015 Bretten
Tel. 07252/921-300
Landratsamt Karlsruhe, Suchtbeauftragter
Matthias Haug, Beiertheimer Allee 2
76137 Karlsruhe, Tel. 0721/936-6777
Internet: www.lebenpur.de

Projekt: "Kindergipfel" und "Kinderspielstadt", Schramberg

Die Ziele der Projekte

Mit dem "Kindergipfel" sollen Kinder eine Plattform erhalten, um ihre Zukunft mitzugestalten und den Erwachsenen ihre Wünsche und Visionen von einer ökologisch, ökonomisch und sozial verträglichen Lebensweise zu vermitteln. Das Projekt soll bewirken, dass Kinderinteressen bei partizipativen Entscheidungsfindungsverfahren zu Umwelt- und Entwicklungsfragen besser berücksichtigt werden.

Die Ziele des ebenfalls in Schramberg durchgeführten Projekts "Kinderspielstadt" lauten,

- Neugier zu fördern, kindlichen Wissensdurst zu stillen, spielendes Lernen zu ermöglichen,
- den oft standardisierten Alltag von Kindern durch die Verbindung von Gewohntem und Außergewöhnlichem zu beleben,
- durch die gemeinsame Spielerfahrung von Eltern, Kindern und Jugendlichen und die Zusammenarbeit von Institutionen, Vereinen und Wirtschaft mehr Engagement und Sensibilität für eine kinderfreundliche Infrastruktur zu erlangen.

Projekttablauf und -beteiligte

Der erste Schramberger "Kindergipfel" fand auf Einladung der Stadt Schramberg und des JUKS Jugend- und Kinderbüro Schramberg am 15. Januar 2000 statt. Über 550 Kinder zwischen 5 und 13 Jahren informierten sich bei insgesamt 20 Workshops über Themen aus den Bereichen Ökologie, Ökonomie und soziale Gerechtigkeit und brachten ihre Gedanken und Wünsche ein. Sie entwickelten Projektideen: für einen Spielplatz, eine Schulhofgestaltung; und sie gaben Anstöße für Projekttage, Schul-AGs und eine Veranstaltungsreihe zum "Abenteuer Natur". Erwachsene Paten sorgen nun dafür, dass die Projekte bis 2003 umgesetzt werden - denn dann findet der nächste "Kindergipfel" statt. Zwischen den Jahren wird bei einem "Kleinen Kindergipfel" Bilanz gezogen.

Das Projekt "Mini-Schramberg" und Großspiel-

projekte zu den Themen Handwerker, Indianer, Landleben, Zirkus, Filmpark, Spiel-Sport-Bewegung werden ebenfalls vom JUKS durchgeführt. Bei der "Kinderspielstadt", einem "Mini-Schramberg" mit allen Einrichtungen einer modernen Stadt wie z.B. Produktionsstätten und Dienstleistungen, Verwaltung, Politik und Mitbestimmung, Versorgung, Kultur und Freizeit, liegt Schramberg in den Händen der Kinder. "Mini-Schramberg" ist keine Kulissenstadt, sondern spielt sich in öffentlichen Gebäuden und auf Straßen und Plätzen der Innenstadt ab. Kinder sitzen im Gemeinderat und beschäftigen sich mit Kultur-, Sozial- und Umweltpolitik, sie arbeiten als Bürgermeister, Polizistin oder Feuerwehrmann, betreiben einen Laden, ein Gewerbe. Die so verdienten "Schrammel" verwaltet die eigene Bank.

Das erste Großspielprojekt fand in den Sommerferien 2000 statt, das nächste ist für 2004 geplant. Großspielprojekte dienen der Vernetzung, die Bevölkerung nimmt direkt und indirekt an den Aktionen teil. Bis zu 100 Bürger, die sich im Rahmen der Lokalen Agenda 21 ehrenamtlich engagieren, gestalten das Programm mit und bringen ihre Kenntnisse in die verschiedenen Mitmachbereiche ein. Bis zu 500 Kinder zwischen 6 und 13 Jahren nehmen an den Spielaktionen teil. Die begleitende Öffentlichkeitsarbeit umfasst die Berichterstattung im Radio und in den Lokalzeitungen. Im Vorfeld werben Plakate, Fahnen und die Internet-Site des JUKS für die Spielaktionen. Das JUKS ist die Zentrale der offenen kommunalen Jugendarbeit und beschäftigt drei Sozialarbeitskräfte; hinzu kommen ABM-Stelle, Zivildienstleistende und Praktikanten.

Wie geht's weiter?

Beide Projekte sollen auch künftig im jeweils zweijährlichen Turnus veranstaltet werden.

Weitere Informationen:
 JUKS Jugend- und Kinderbüro Schramberg
 Krystyna Saurer
 Schloßstr. 10
 78713 Schramberg
 Tel. 07422/20696
 Internet: www.juks-online.de

Projekt: "Karawane für die Rechte von Kindern und Jugendlichen", Mannheim

Ziele des Projekts

Das Projekt "Karawane für die Rechte von Kindern und Jugendlichen" hatte das Ziel,

- die Inhalte der UN-Kinderrechtskonvention bekannt zu machen und
- vor allem jene Menschen über die Rechte von Kindern und Jugendlichen zu informieren, die Erziehungsaufgaben erfüllen, in deren Nachbarschaft Kinder und Jugendliche leben oder die in Politik und Wirtschaft über die Zukunft von Kindern und Jugendlichen entscheiden,
- Kinder und Jugendliche über ihre Rechte aufzuklären,
- die Kinderlobby in Mannheim zu stärken,
- in den Wohngebieten zu einem Klima der Toleranz beizutragen.

Um sicherzustellen, dass die Inhalte der UN-Kinderrechtskonvention in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden, beschränkte man sich auf drei zentrale Forderungen:

- gesunde Umwelt,
- Spiel und Freizeit im öffentlichen Raum,
- Beteiligung.

Im Ganzen sollte die Aktion jedoch weit mehr transportieren als diese Forderungen; die Karawane sollte eine Demonstration sein für eine kinder- und menschenfreundliche Zukunft.

Projekttablauf und -beteiligte

Einen Sommer lang, von Mai bis Juli 2001, zog die Karawane aus Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen jedes Wochenende durch insgesamt 14 Mannheimer Stadtteile. Mal waren es 50, mal 500 Menschen, die sich unter dem Motto "Kinderrechte sind Menschenrechte" in den Karawanenzug mit bunten Transparenten und Plakaten, mit Liedern, Trommeln und Pfeifen einreihen. Dabei wurde eine große Schatztruhe per Lastenfahrrad durch die Stadt gezogen, in die alle Kinder Zettel mit ihren Träumen, Wünschen und Forderungen stecken konnten. In kurzen Reden und pffiffigen Songs brachten die Kinder zum Ausdruck, wie ihre Erwartungen an die Gesellschaft lauten

und was die ihrer Ansicht nach drängenden Themen ihres Stadtteils sind.

Ende 2001 wurden die Wünsche und Forderungen der Kinder dem Gemeinderat überreicht und in Ausstellungen und Aktionen, die im Laufe des Jahres 2002 stattfanden, der Mannheimer Öffentlichkeit vorgestellt. Außerdem wurden die Ergebnisse der Kinderkarawane der Kinderrechtskommission des Bundestags präsentiert und im Mai 2002 auf dem Weltkindergipfel der Vereinten Nationen in New York vorgetragen. Die Dokumentation des Projekts liegt in Form eines bunten Monatskalenders für das Jahr 2002 vor.

Initiiert und durchgeführt wurde das Projekt vom Mannheimer Arbeitskreis Kinder in der Stadt KidS e.V. und der Fachstelle Vertretung von Kinderinteressen des Jugendamts Mannheim. Sie zeichneten auch für die im Vorfeld bei Veranstaltungen und Hearings, Messen und Stadtfesten durchgeführte Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich, organisierten die Pressearbeit und einen Info-Stand, verteilten Flyer und Plakate und stellten Kinderrechte-Materialpakete zur Verfügung. Die Kinderkarawane wurde durch das Agenda-Büro und den Oberbürgermeister der Stadt Mannheim unterstützt und durch das Land Baden-Württemberg finanziell gefördert. In jedem Stadtteil waren die örtlichen Kindergärten und Schulen, Vereine, Initiativen und kirchlichen Gruppen in das Projekt eingebunden.

Wie geht's weiter?

Die Bereitschaft der Kinder und Jugendlichen, sich an der Gestaltung ihrer Stadt zu beteiligen, sollte nicht ungehört verpuffen. Deshalb wurden alle Anregungen in ein Pflichtenheft eingetragen, das den Stand der Bearbeitung und Umsetzung der Vorschläge dokumentiert.

Weitere Informationen:

Stadt Mannheim
 Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
 Jugendamt/ Vertretung von Kinderinteressen
 Birgit Schreiber
 E 4, 10
 68159 Mannheim
 Tel. 0621/293-3657

Projekt: Gründung der Jugendstiftung "Bleibt alles anders", Salach

Ziele des Projekts

Das Projekt "Stiftungsgründung" bildete den ersten Schritt hin zu einer dauerhaften Fördereinrichtung für den Bereich Jugend und wurde bewusst als eigenständiges, auf ein Jahr befristetes Projekt durchgeführt. Das Ziel war, mit den Erlösen von über 40 Veranstaltungen, die über das Jahr 2002 hinweg stattfanden, das Startkapital für die Salacher Jugendstiftung "Bleibt alles anders" zusammenzutragen.

Projekttablauf und -beteiligte

Geplant und durchgeführt wurde das Projekt von der Deutschen Pfadfinderschaft St. Georg, Stamm Salach, zusammen mit der Gemeinde Salach, den Kirchen und zahlreichen Vereinen und Unternehmen. Die Schirmherrschaft über das Veranstaltungsjahr 2002 übernahm der TV-Moderator Ulrich Wickert. Verantwortlich zeichnete ein vierköpfiger Arbeitskreis; ehrenamtliche Arbeit leisteten außerdem Fachkräfte z.B. einer Werbeagentur und Mitglieder der rund 30 beteiligten Gruppen.

Zu den Veranstaltungen (angefangen bei Christbaumsammlung und Ortsputzete, Sonnwendfeier, Maisfeldlabyrinth und Skibasar bis Kabarett und Theater, Gospel- und Rockkonzert) kamen insgesamt mehr als 30.000 Besucher. Dem entsprechend wollen die Projektbeteiligten mit "Bleibt alles anders" als konzertierter Aktion "ein Zeichen setzen für ein gemeinsames Miteinander - mit der gemeinsamen Kraft, Motivation und Kreativität aller Salacher Bürger, Vereine, Firmen und Institutionen".

Das Projekt "Gründung der Jugendstiftung Salach" ist Preisträger des Wettbewerbs "Peperoni für Agenda 21", den die Arbeitsgemeinschaft katholischer Organisationen und Verbände der Diözese Rottenburg-Stuttgart Anfang 2002 durchgeführt hat.

Wie geht's weiter?

Ende 2002 wurde die Jugendstiftung Salach gegründet. Die eigentliche Stiftungsarbeit hat Anfang 2003 begonnen. Mehr als 100.000 Euro

kamen über die Veranstaltungserlöse zusammen, ergänzt um Spenden, Sponsorengelder und Zuschüsse der Gemeinde Salach. Das Stiftungsvermögen wird fortan von der Gemeinde treuhänderisch verwaltet.

Unter dem Motto "Bleibt alles anders" soll die Stiftung nun

- die Zusammenarbeit von Vereinen, Privatpersonen, Firmen, Kirchen und Gemeinde zum Wohl der Jugend stärken,
- aufzeigen, dass sich bürgerschaftliches Engagement lohnt,
- junge Menschen unterstützen, die sich einmischen und sich gemeinsam für die Zukunft einsetzen wollen,
- Jugendlichen ermöglichen, sich selbst, ihre Gruppe und ihre Ideen zu verwirklichen.

Gefördert werden neue Ideen und Projekte von und für Jugendliche; Projekte, welche

- die Lebensqualität von Jugendlichen vor Ort verbessern,
- Jugendliche zu sozialem Engagement bewegen,
- Jugendlichen Orientierung geben,
- Jugendliche verschiedener Nationalitäten und Religionen zusammenführen.

Außerdem sollen Institutionen, Einrichtungen und Vereinigungen unterstützt werden, die dem oben beschriebenen Stiftungszweck dienen.

Weitere Informationen:

Deutsche Pfadfinderschaft St. Georg
Stamm Salach
Arbeitskreis Jugendstiftung Salach
Martin Emberger
Hohenstaufenstr. 24
73084 Salach
Tel. 07162/8116
Internet: www.bleibt-alles-anders.net

Projekt: Zukunftsworkshop für Jugendliche, Schwäbisch Gmünd

Ziele des Projekts

Eine Umfrage bei der Gmünder Ausbildungsmesse 2000 legte den Grundstein: Sie ergab ein Stimmungsbild von Jugendlichen über Schwäbisch Gmünd und eine erste, unvollständige Mängelliste. Davon ausgehend wurde auf Wunsch vieler Gmünder Jugendlicher das Projekt "Zukunftsworkshop" ins Leben gerufen, um Erwartungen und Fehlentwicklungen aus deren Sicht aufzuzeigen. Zugleich sollte die Einbindung von Jugendlichen in den Agenda-Prozess verbessert werden. Die Ziele, die mit dem ganztägigen Zukunftsworkshop am 17. Mai 2001 erreicht werden sollten:

- Jugendlichen ein Forum für Kritik bieten,
- die Mängelliste vervollständigen und
- Verbesserungsvorschläge erarbeiten,
- Visionen für ein attraktives Schwäbisch Gmünd entwickeln,
- zur Mitarbeit als Agenda-Botschafter, im Jugend-Arbeitskreis der Lokalen Agenda 21 oder im Schüलगemeinderat motivieren sowie
- Anregungen und Impulse für die kommunale Jugendarbeit gewinnen.

Projektablauf und -beteiligte

Vorbereitet und durchgeführt wurde der Zukunftsworkshop unter Federführung des Agenda-Büros der Stadtverwaltung und des Jugend-Arbeitskreises der Lokalen Agenda 21 Schwäbisch Gmünd. Die Zielgruppe bildeten Jugendliche der Klassenstufen 8 bis 13.

Im Vorfeld sollten Werbeaktionen (Flyer, Plakate, Info-Stände) und Pressearbeit (lokale Zeitungen und Zeitschriften) möglichst viele Jugendliche aktivieren; durch Agenda-Botschafter, Vereine und deren Jugendbeauftragte wurden Jugendgruppen gezielt angesprochen. Außerdem richtete das Agenda-Büro eine eigene Website ein (www.agenda-gd.de/young_agenda.htm).

350 junge Leute durchliefen die drei Stationen des Workshops:

- eine Klagemauer aus Kartons, auf die Probleme und Sorgen geschrieben wurden,
- eine Sammelstation für Ideen und Visionen, wie die Stadt jugendfreundlicher gestaltet werden kann,
- eine Station, an der diese Ideen schließlich auf ihre Realisierbarkeit untersucht wurden.

Ein Mitarbeiter des Instituts für Organisationskommunikation (IFOK) moderierte den Workshop. Jugendcafé, Performance, Interviews und Musik bildeten das Rahmenprogramm.

Wie geht's weiter?

Die Wünsche der Jugendlichen wurden anschließend ausgewertet. Am häufigsten genannt wurden: bessere und preisgünstigere Busverbindungen vor allem spät abends und am Wochenende, mehr Veranstaltungen wie etwa Konzerte, Straßenfeste und internationale Jugendtage, bessere Einkaufsmöglichkeiten in der Innenstadt.

Die Ergebnisse des Workshops dienen als Arbeitsgrundlage für den Jugend-Arbeitskreis der Lokalen Agenda 21 Schwäbisch Gmünd, den Agenda-Beirat und den Jugendgemeinderat.

Einzelne Vorschläge wurden inzwischen umgesetzt. So spiegelte sich zum Beispiel die geforderte Attraktivitätssteigerung der Innenstadt bereits in verschiedenen Maßnahmen wider. Weitere Vorschläge sind noch in der Diskussion bzw. in Planung, etwa das Thema Nachtbusse.

Weitere Informationen:

Stadtverwaltung Schwäbisch Gmünd
 Sigrid Maier-Rupp
 Waisenhausgasse 1-3
 73525 Schwäbisch Gmünd
 Tel. Agenda-Büro: 07171/603-3231
 Internet: www.agenda-gd.de

Projekt: Wettbewerb "Jugend und Lokale Agenda 21 - Ideen- und Projektwerkstatt", Pforzheim

Ziele des Projekts

Da im Rahmen der Lokalen Agenda 21 die Zukunft der Stadt gestaltet werden soll und diese Zukunft natürlich besonders die heutigen Kinder und Jugendlichen betrifft, hat sich die Ortsgruppe Pforzheim-Enzkreis des Naturschutzbundes (NABU) die Aufgabe gestellt, junge Menschen besser am Agenda-Prozess zu beteiligen. So entstand das NABU-Aktionsprogramm "Umweltbildung zur Lokalen Agenda 21 Pforzheim". Neben Veranstaltungen zur Umweltbildung, regelmäßiger umweltpädagogischer Kinder- und Jugendarbeit und der Gründung der Gruppe "Kids for Nature" wurde als ein weiterer Bestandteil dieses Aktionsprogramms der Wettbewerb "Jugend und Lokale Agenda 21 - Ideen- und Projektwerkstatt" durchgeführt. Der Wettbewerb sollte bewirken,

- dass sich Kinder und Jugendliche stärker am Agenda-Prozess beteiligen und mit der Umsetzung der dort formulierten Ziele beschäftigen,
- dass die speziellen Themen und Bedürfnisse der Jugend besser in der Lokalen Agenda 21 berücksichtigt werden,
- dass Kinder und Jugendliche ein Bewusstsein entwickeln für die Vernetzung sozialer, ökonomischer und ökologischer Themen, lokal und weltweit.

Projektablauf und -beteiligte

Anfang 2000 startete die NABU-Gruppe den Wettbewerb gemeinsam mit den Arbeitsgruppen der Lokalen Agenda 21 Pforzheim, unterstützt von örtlichen Sponsoren und vom Land Baden-Württemberg im Rahmen der Förderung für innovative Agenda-Projekte. Mit Handzetteln, Plakaten und Pressebeiträgen wurden Schülerinnen und Schüler aller Klassenstufen und Schulformen zur Teilnahme aufgerufen. Die Aufgabe lautete, theoretische Abhandlungen wie z.B. Analysen oder Zukunftsvisionen, konkrete Projekte oder künstlerische Beiträge zur nachhaltigen Entwicklung

Pforzheims einzureichen. Dabei sollte sich das gewählte Thema an den Aufgabenfeldern der damaligen Agenda-Arbeitsgruppen orientieren:

- Ökologie/Stadtklima, Natur-/Artenschutz, Energie-/Wasserversorgung, Entsorgung,
- Wohnen, Verkehr, Stadtgestaltung, Innenstadt,
- Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Finanzsituation;
- Soziale Verantwortung, Bildung, Kultur, Integration.

Anregungen holten sich die Wettbewerbsteilnehmer bei einem Agenda-Forum im Januar 2000, bei dem verschiedene Projekte und Ergebnisse des bisherigen Agenda-Prozesses vorgestellt wurden.

Bis 30. Juni 2000 konnten die Teilnehmer ihre Arbeiten, Berichte und Fotodokumentationen, Poster, Collagen und anderen kreativen Werke abgeben. Sie wurden von einer Jury bewertet, die sich aus Vertretern der NABU-Ortsgruppe, der Stadt, der Schulen und dem Agenda-Forum zusammensetzte. In drei Altersstufen unterteilt (6 bis 10, 11 bis 15 und 16 bis 19 Jahre), wurden die Sieger bei einer großen Preisverleihung im September 2000 mit Geld- und Sachpreisen belohnt. Die Arbeiten wurden den Pforzheimer Bürgern anschließend in einer Ausstellung vorgestellt und für die Lokale Agenda 21 ausgewertet. Umgesetzt wurden die meisten der eingereichten Projektvorschläge inzwischen ebenfalls: Die beteiligten Schulen griffen die Ideen oft schon im Wettbewerbsjahr auf und integrierten sie, wie z.B. beim prämierten "Kröten-Projekt" geschehen, in den Biologie-, Kunst- oder Deutschunterricht.

Weitere Informationen:
 NABU Naturschutzbund Deutschland e.V.
 Gruppe Pforzheim-Enzkreis
 Annemarie Radkowitzsch
 Hohenwarter Str. 1
 75181 Pforzheim
 Tel. 07231/788897

Projekt: Initiative "Inliner- und Skater-Bahn", Bammental

Ziele des Projekts

Eine Umfrage der Lokalen Agenda 21-Gruppe Bammental unter allen Bammentaler Haushalten, die per Fragebogen Wünsche, Kritik und Anregungen ermitteln sollte, gab im Oktober 2000 den Anstoß: "Eine Inliner-Bahn", so lautete der am häufigsten geäußerte Wunsch von Kindern zwischen 9 und 12 Jahren. Doch die Kinder sprachen nicht nur Forderungen aus - sie waren auch bereit, selbst dazu beizutragen, dass ihre Forderungen erfüllt wurden.

So zielte das Projekt zwar primär auf die Errichtung einer Inliner- und Skater-Anlage als neue Spiel-, Sport- und Begegnungsstätte ab, bewirkte aber zugleich,

- dass sich Kinder und Jugendliche aktiv an der Gestaltung ihres Lebensumfelds beteiligen,
- dass junge Menschen nicht nur Forderungen stellen und "die Hand aufhalten", sondern selbst Leistungen erbringen,
- dass sich junge Leute engagieren und mitverantwortlich fühlen und dadurch ihr Selbstbewusstsein gestärkt wird,
- dass die Kinder und Jugendlichen beim Entstehungsprozess der Anlage nachhaltige Erfahrungen in Sachen "gelebter Demokratie" machen können und die Projektstadien hautnah miterleben - von der Planung und Beantragung bis zur Finanzierung und technischen Ausführung.

Projektablauf und -beteiligte

Auf Initiative des Bammentaler Agenda-Arbeitskreises Jugend und Soziales, die von einer Gruppe engagierter Mädchen und Jungen zwischen 8 und 14 Jahren Verstärkung erhielt, gingen im Juli 2001 rund 50 Kinder und Jugendliche beim "Half-Marathon auf Rollen und Rädern" an den Start, um sich Geld für eine eigene Inliner- und Skater-Anlage zu "errollen". Denn jeder Teilnehmer hatte vorab mit Verwandten und Bekannten eine Spende pro zurückgelegter Marathon-Teilstrecke ver-

einbart. So kamen mehr als 10.000 Euro zusammen. Im August 2001 veranstalteten die jungen Leute einen großen Waffelverkauf; der finanzielle Grundstock wurde durch den Verkaufserlös ergänzt und durch weitere Geld- und Sachspenden, Sponsorengelder und einen Zuschuss der Gemeinde Bammental vervollständigt.

An der Planung und Gestaltung der Anlage, einer zwischen Kindergarten und Bahndamm gelegenen Inliner-Skater-Bahn aus festen Betonelementen, waren die Kinder und Jugendlichen ebenfalls beteiligt. Im Oktober 2001 folgte schließlich die offizielle Eröffnung des ersten Parcours-Abschnitts mit einem bunten Einweihungsfest. Seither wird begeistert "gejump" und "gegrindet" - oft tummeln sich mehr als 30 Kinder und Jugendliche gleichzeitig auf der Skater-Bahn und führen ihr Können auf Inline-Skates und Skateboards vor.

Wie geht's weiter?

Inzwischen wurde ein Zaun gebaut, der die Anlage zur Straße hin abschirmt. Im Dezember 2002 wurde eine Grind-Stange, auf der man mit dem Board entlang schleifen kann, installiert. Zur Optimierung der Inliner- und Skater-Anlage stehen jedoch noch weitere Maßnahmen an. Der Einsatz der jungen Leute für ihre Anlage bleibt ungebrochen: Ihr Engagement reicht vom Waffelverkauf auf Gemeindefest und Weihnachtsmarkt und der Suche nach weiteren Sponsoren, um Geld für Erweiterungsmaßnahmen zu sammeln, bis zur Reinigung der Anlage (das bedeutet vor allem, Gras aus Betonfugen zu entfernen) oder der Organisation eines Trainingskurses zum "richtigen Stürzen".

Weitere Informationen:

Lokale Agenda 21 Bammental
Arbeitskreis Jugend und Soziales
Anette Rehfuss
Im Boden 26
69245 Bammental
Tel. 06223/48368

Projekt: Aktion "Tierisch menschlich - Kinder- und Tier-Besuchsdienst im Altersheim", Ehingen

Ziele des Projekts

Die Aktion "Tierisch menschlich - Kinder- und Tier-Besuchsdienst im Altersheim" soll

- junge und alte Menschen zusammen führen und über die Begleittiere miteinander ins Gespräch bringen,
- die positiven Wirkungen von Tieren auf das menschliche Wohlbefinden nutzen (z.B. weiches Fell, Wärme, Nähe, Zuwendung),
- Kindern ermöglichen, im Kontakt mit den Tieren das Übernehmen von Verantwortung zu lernen und über ihre Beziehung zu ihrer Umwelt nachzudenken,
- alte Menschen zu körperlicher und geistiger Bewegung anregen, über das Medium Tier die Sinne fördern und Abwechslung in den Alltag bringen.

Projekttablauf und -beteiligte

Die Aktion wurde im September 2001 im Rahmen des Jugendwettbewerbs zur Lokalen Agenda 21 der Stadt Ehingen erstmals durchgeführt und anschließend als eigenständiges, von der Lokalen Agenda 21 losgelöstes Projekt fortgeführt. Neben zwei Reitpädagoginnen vom örtlichen Reiterhof ist eine Gruppe von rund zehn Kindern und Erwachsenen an der Planung und Durchführung der Kinder- und Tier-Besuche im Ehinger Seniorenheim beteiligt.

Zu Beginn entwickelte die Projektgruppe ein grobes Konzept und traf sich mit Mitarbeitern des Altersheims, um verschiedene Durchführungsmöglichkeiten, Wünsche und Bedenken zu besprechen. Die in Frage kommenden Tierarten wurden ausgewählt, die lokale Presse wurde informiert. Bei der Premiere besuchten zehn Kinder das Altersheim, zusammen mit zwei Hunden, einer Katze, zwei Zwergziegen und zwei Enten, einem Hamster, zwei Hasen und zwei Meerschweinchen. Am darauf folgenden Tag waren die Senioren zu einer Zirkusvorstellung der Kinder auf den Reiterhof eingeladen. Alle Details wie zum Beispiel die

Sitzgelegenheiten oder ein Fahrdienst wurden ebenfalls unter Mitwirkung der Kinder organisiert. Die Projektgruppe reflektierte die Aktion bei einer Nachbesprechung; Schwierigkeiten und besondere Vorkommnisse, aber auch Gefühle und das Alt-Werden waren Thema.

Die Besuche im Altersheim wurden bis Ende 2002 in unregelmäßigen Abständen wiederholt. Beim ersten Besuch war zu spüren, dass die ungewohnte Situation für viele der zwei- und vierbeinigen Beteiligten Anstrengung bedeutete, die sich jedoch mit der Gewöhnung abbauen ließ. Die Resonanz der Altersheimbewohner, aber auch seitens des Sozialen Dienstes und der Mitarbeiter des Altersheims beschreibt die Projektgruppe als insgesamt sehr positiv. Die Heimleitung habe sich trotz des Hygiene-Aspekts, der häufig als Gegenargument angeführt werde, bereits zu Projektbeginn sehr aufgeschlossen gezeigt.

Wie geht's weiter?

Nach dem Umzug des Reiterhofs haben die Beteiligten nun Ressourcen frei, die Kinder- und Tier-Besuche ab Januar 2003 ein Mal pro Monat zu veranstalten. Bei regelmäßigen Besuchen können sich die Senioren besser auf die Situation einstellen. Zudem sollen sich positive Effekte wie das Erspüren von Zuwendung besser entwickeln können.

Derzeit erarbeitet die Projektgruppe außerdem eine allgemeingültige Kriterienliste für die Auswahl der Begleittiere. Die Liste soll helfen, zum Beispiel bei einem Kind, dessen eigenes Haustier aufgrund bestimmter Charaktereigenschaften nicht an den Besuchen teilnehmen darf, Verständnis zu erreichen.

Weitere Informationen:

Michaela Haug
 Heilpädagogisches Reiten
 Bühlweg 11
 89608 Griesingen
 Tel. 07391/71514
 Tel. Stadtverwaltung Ehingen/Donau,
 Ulrike Baur: 07391/503167

Projekt: Kursangebot "Jung und Alt gemeinsam online", Weinheim

Ziele des Projekts

"Jung und Alt gemeinsam online": Der Computer- und Internet-Kurs wendet sich an Jugendliche aus Weinheimer Schulen und an junge Arbeitslose, zugleich an ältere Menschen, Mitglieder von Seniorenvereinigungen und an alle interessierten Erwachsenen. Das Pilotprojekt soll Brücken bauen zwischen Jung und Alt. Die weiteren Ziele lauten:

- Jugendlichen und älteren Menschen ermöglichen, voneinander zu lernen und Verständnis füreinander zu entwickeln,
- Vorurteile gegenüber der jeweils anderen Generation durch persönliche Kontakte abbauen helfen,
- durch den Zuwachs an Kompetenz im Umgang mit neuen Medien die Integration älterer Menschen erleichtern,
- traditionelle Lehr- und Lernstrukturen aufbrechen (Ältere lernen von Jüngeren),
- Jugendliche motivieren, ihre Kenntnisse an ältere Menschen weiterzugeben,
- Jugendlichen vermitteln, dass bürgerschaftliches Engagement Spaß macht.

Projektablauf und -beteiligte

Die Arbeitsgruppe "Jugend: Unsere Zukunft" der Lokalen Agenda 21 in Weinheim wollte ein Projekt initiieren, das Jung und Alt zum beiderseitigen Nutzen auf Dauer zusammenbringt. Es folgte die Suche nach Berührungspunkten im Alltag, dann ein Brainstorming -die Idee zu "Jung und Alt gemeinsam online" war geboren. Denn die Kluft zwischen den Generationen kann nach Ansicht der Agenda-Gruppe kaum größer sein als am PC, bietet aber Chancen für ein produktives Miteinander.

Als Projektpartner wurden die Jugendagentur Job Central, der Computer Club Weinheim und die Volkshochschule gewonnen, die das Projekt pädagogisch begleiten, außerdem der Stadtseniorenrat und die Freudenbergstiftung. Letztere war bereits an der Entwicklung des "Qualipasses" beteiligt, der das außerschulische Engagement von Jugendlichen dokumentiert und zu Vorteilen

bei der Bewerbung um Lehrstelle oder Arbeitsplatz führt. Der Pass, der im Jahr 2000 mit Unterstützung durch das Kultusministerium des Landes in Weinheim eingeführt wurde, sollte auch bei diesem Projekt als Anreiz dienen und Jugendliche zur Mitarbeit bewegen.

Vor allem mittels Pressearbeit wurde das Pilotprojekt bekannt gemacht. Der erste Kurs für rund 15 Teilnehmer, der im Februar 2002 startete, war binnen eines Tages ausgebucht. Ein Weinheimer Gymnasium stellte mit der kostenlosen Nutzung des Multimediaraums die Infrastruktur zur Verfügung. Dauer des Kurses: ein Mal pro Woche nachmittags zwei Stunden, Laufzeit acht Wochen. Die Kursgebühr von 20 Euro kam einem Jugendprojekt der Schule zugute.

Sieben Schüler des Gymnasiums arbeiteten an dem Pilotprojekt mit und waren auch in die Konzeption des Kursprogramms einbezogen. Die Inhalte des Kurses wurden auf Teilnehmer ohne PC-Vorkenntnisse ausgerichtet - angefangen beim Aufbau eines Computers und der Organisation in Ordnern und Dateien, über die Nutzung verschiedener Speichermedien und unterschiedlicher Software, bis zum Umgang mit Internet und E-Mail samt Informationen zur Programmiersprache HTML, zu Browsern und Links, Websites und Suchmaschinen.

Wie geht's weiter?

Aus dem Pilotprojekt ist inzwischen ein dauerhaftes Angebot geworden: Ein zweiter Kurs fand im Juni und Juli 2002 an einem weiteren Weinheimer Gymnasium statt. Seit November 2002 wird der Computerkurs an beiden Gymnasien fortgeführt mit dem Ziel, ihn zu einem festen Bestandteil bürgerschaftlichen Engagements an den Schulen zu machen.

Weitere Informationen:

Stadtverwaltung Weinheim
 Koordinationsstelle Lokale Agenda 21, Bürgerengagement und Ehrenamt
 Dr. Annette Unkelhäußer
 Obertorstr. 9
 69469 Weinheim
 Tel. 06201/82444

Projekt: Aktion und Wegweiser "Unbehindert durch Rechberghausen", Rechberghausen

Ziele des Projekts

Das Projekt "Unbehindert durch Rechberghausen", das sich in Ortsbegehungen und eine daraus resultierende Info-Broschüre gliedert, soll

- einen Beitrag zur Sensibilisierung für die alltäglichen Probleme behinderter oder alter Menschen leisten,
- vorhandene Mängel und Hindernisse sichtbar machen,
- Rollstuhlfahrern und Gehbehinderten im Alltag eine praktische Hilfe bieten,
- allen Bürgern und Gästen der Gemeinde - ob mit oder ohne Handicap - ermöglichen, Rechberghausen auf eigene Faust zu erkunden.

Indem die Bedürfnisse und Anforderungen behinderter oder älterer Menschen, aber auch von z.B. Eltern mit Kinderwagen ins Blickfeld rücken, soll das Projekt darüberhinaus dazu beitragen, deren Integration in die Gesellschaft zu erleichtern.

Projekttablauf und -beteiligte

Ende 1999 startete der damals aus 50 Bürgern bestehende Arbeitskreis "Lokale Agenda 21 in Rechberghausen" das Projekt "Unbehindert durch Rechberghausen". Im Juli 2002 erschien die gleichnamige Info-Broschüre. Sie enthält einen Stadtplan und eine Übersicht über alle öffentlichen Einrichtungen und Veranstaltungsorte, Ärzte, Apotheken, Gaststätten und den gesamten Einzelhandel von Rechberghausen, versehen mit Hinweisen darüber, inwieweit die Einrichtungen und Läden behindertengerecht ausgestattet und die Zugänge, Straßen und öffentlichen Plätze per Rollstuhl oder für Menschen mit Gehbehinderungen passierbar sind; ob Behindertenparkplätze zur Verfügung stehen, ob Aufzüge rollstuhlgerecht gestaltet sind, ob WCs und Sanitärräume sich für Menschen mit Behinderungen eignen. Außerdem beschreibt der Wegweiser, ob die Mitarbeiter der jeweiligen Einrichtungen in der Lage sind, behinderten Menschen Hilfestellung zu leisten. Hervorgegangen ist die Broschüre aus meh-

ren Ortsbegehungen, bei denen öffentliche Einrichtungen und der Weg dorthin vor Ort begutachtet wurden. Zusammen mit körperbehinderten Bürgern trugen die Mitglieder des Arbeitskreises Informationen, Daten und Erfahrungen mittels standardisierter Fragebögen zusammen, befragten Mitarbeiter, maßen Höhen und Abstände aus. Die erste Auflage der Broschüre, 3.500 Exemplare, wurde kostenlos an alle Rechberghäuser Haushalte verteilt. Produktion und Verbreitung der 32-seitigen Broschüre wurden von der Gemeinde Rechberghausen und dem örtlichen Gewerbe- und Handelsverein finanziert. Die Moderation und Leitung des Projekts übernahm das Agenda-Büro Birenbach-Börtlingen-Rechberghausen.

Wie geht's weiter?

Seien es Drehkreuze, zu schmale Eingangstüren oder zu hoch angebrachte Regale und Geldautomaten: Das Projekt soll dazu führen, dass Hindernisse beseitigt und künftige bauliche Veränderungen in öffentlichen und privatwirtschaftlichen Einrichtungen der Gemeinde behindertengerecht ausgeführt werden. Es soll außerdem eine Pilotfunktion einnehmen und andere Gemeinden dazu anregen, ähnliche Projekte durchzuführen.

Weitere Informationen:

Josef Paule

Arbeitskreis "Lokale Agenda 21 in Rechberghausen"

Graf-Degenfeld-Str. 27

73098 Rechberghausen

Tel. 07161/51681

Projekt: Veranstaltung "Café International", Bammental

Ziele des Projekts

Mit dem in Bammental erstmals im November 2001 veranstalteten "Café International"-Nachmittag sollte versucht werden,

- in zwangloser Atmosphäre ein Forum der Begegnung zu schaffen,
- Menschen verschiedenster Herkunft die Gelegenheit zum Austausch und zum Kennenlernen zu geben und
- das Thema "Frieden und Mitmenschlichkeit" erlebbar zu machen.

Außerdem sollte mit dem Erlös aus dem Verkauf von Kuchen und fair gehandeltem Tee und Kaffee die Afghanistan-Hilfe der Organisation Hammer Forum e.V. unterstützt werden.

Projekttablauf und -beteiligte

Ein Erfahrungsaustausch unter Agenda 21-Gruppen der Region Rhein-Neckar gab im September 2001 den Anstoß, einheimische und ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger zu einem "Café International" einzuladen. Die Veranstaltung war für Bammental nicht ganz neu: Ehrenamtliche Mitglieder des Asyl-Treffs führten solche Nachmittage bereits Mitte der 90er Jahre für die in Bammental wohnenden kurdischen Flüchtlinge durch. Das Projekt "Café International" wurde von der Agenda-Projektgruppe "Soziales" durchgeführt und von der Gemeindeverwaltung Bammental unterstützt. Die Gemeinde stellte eine Turnhalle als Veranstaltungsraum zur Verfügung. Handzettel wurden verteilt, Plakate ausgehängt, Aufrufe in den Gemeindenachrichten veröffentlicht. Die Mitglieder der Projektgruppe nahmen Kontakt zu Mitbürgern verschiedener Nationalitäten auf und baten sie, das Wort "Einladung" in ihrer Muttersprache auf die offizielle Einladungskarte zu schreiben. Die Einladungen wurden über die Gemeindenachrichten an die Bammentaler Bürger verteilt. Bammentaler Bürger und Firmen spendeten Kuchen und sorgten außerdem für die Dekoration der Halle.

Am Sonntag, dem 25. November 2001 um 15 Uhr wurde die mit Blumen und Pflanzen verschönerte Turnhalle zum ersten Bammentaler "Café International" geöffnet. Einen Eindruck von der Internationalität der Besucher vermittelte eine Weltkarte, auf der die Gäste ihre Herkunftsländer mit Stecknadeln markierten: Insgesamt 14 Nationen waren vertreten.

An einem Info-Stand wurden fair gehandelte Produkte verkauft, für Kinder wurde ein abwechslungsreiches Programm an verschiedenen Basteltischen geboten. Das Thema des Nachmittags, Frieden und Mitmenschlichkeit, wurde vom Bammentaler Chor "Coloured Voices" musikalisch vortragen. Auf den Tischen lagen aus Afghanistan stammende Alltagsgegenstände und persönliche Erinnerungsstücke des Bammentaler Arztes Dr. Ludger Bernd aus, um die Kultur des asiatischen Landes zu illustrieren.

An Dr. Ludger Bernd, der auch als Vertreter der Organisation Hammer Forum e.V. an der Veranstaltung teilnahm, konnten schließlich gut 600 Euro an das Hammer Forum für deren Afghanistan-Hilfe überreicht werden. Das Hammer Forum, eine Initiative von Ärzten und Bürgern der Stadt Hamm, leistet auf ehrenamtlicher Basis humanitäre und medizinische Hilfe für Kinder aus Kriegs- und Krisengebieten.

Wie geht's weiter?

Das Projekt soll im Laufe des Jahres 2003 mit einem zweiten "Café International"-Nachmittag fortgeführt werden. Angedacht ist, diesmal den Islam als Schwerpunktthema zu wählen und über diese Religion, die islamische Kultur, allgemein über das Leben in islamischen Ländern zu informieren.

Weitere Informationen:

Inge Pelzer
Lokale Agenda 21 Bammental
Agenda-Gruppe "Soziales"
Weihwiesenweg 3
69245 Bammental
Tel. 06223/46678

Projekt: Netzwerk "Rat für Frauen", Landkreis Heilbronn

Ziele des Projekts

Das Netzwerk "Rat für Frauen" im Landkreis Heilbronn soll

- Frauen in ihrem selbstbewussten und eigenverantwortlichen Handeln bestärken, durch persönliche Gespräche unterstützen,
- Impulse für Gleichberechtigung aufgreifen und fördern,
- Infrastruktur für Frauen im Landkreis sichtbar machen und ausbauen,
- Frauenaktivitäten vernetzen.

Projektablauf und -beteiligte

Auf Initiative einer fraktionsübergreifenden Gruppe von Kreisrätinnen sowie Vertreterinnen verschiedener Frauenorganisationen hat der "Rat für Frauen" im Januar 1997 seine Arbeit aufgenommen. Der "Rat für Frauen" ist ein Knotenpunkt in der Infrastruktur für Frauen, er initiiert und koordiniert Maßnahmen und Projekte und arbeitet eng mit zahlreichen Fach- und Beratungsstellen zusammen. Er steht allen Frauen offen und vermittelt Informationen, Hilfsangebote und Kontakte etwa zu anderen Frauen und Institutionen vor Ort. So sollen Frauen unterstützt und Frauennetze aufgebaut bzw. gefestigt werden; zum Beispiel Gesprächskreise, Babysitter-Börsen, Selbsthilfegruppen. Zudem soll das Projekt auf die Belange von Frauen aufmerksam machen, sowohl auf Kreisebene als auch in den jeweiligen Gemeinden.

Im Netzwerk arbeiten momentan 52 Bürgerinnen auf ehrenamtlicher Basis mit. Sie fungieren als örtliche Ansprechpartnerinnen in den Gemeinden und Städten des Landkreises und halten, teils im Team, wöchentliche Sprechstunden ab - vertraulich und kostenlos, parteilich und konfessionell neutral. Derzeit sind 24 Anlaufstellen bzw. Frauenbüros in den insgesamt 46 Gemeinden des Landkreises eingerichtet. Mit Informationsabenden zu frauenrelevanten Themen, Infobörsen und Frühstückstreffs, Ausstellungen und Lesungen organisieren viele Anlaufstellen über die festen

Sprechzeiten hinaus ein eigenständiges Veranstaltungsprogramm.

Das Netzwerk verfügt über eine Koordinierungsstelle, die beim Landratsamt Heilbronn angesiedelt ist. Die 50%-Stelle gibt einen Rundbrief heraus, ist zuständig für die ca. sechs Fortbildungsmaßnahmen im Jahr, an denen die Ansprechpartnerinnen teilnehmen, und organisiert den Erfahrungsaustausch der Ansprechpartnerinnen in jährlich acht Regionaltreffen. Außerdem richtet die Koordinierungsstelle im Durchschnitt zwei öffentliche Veranstaltungen pro Jahr auf Kreisebene aus. Als Aufsichtsgremium des Netzwerks fungiert der Kreistag, als Steuerungsgremium ein Beirat aus Fachkräften, Vertretern der Politik, Verwaltung und Betroffenen. Die Gemeindeverwaltungen stellen Räume und technische Ausstattung zur Verfügung.

Das Projekt ist Teil des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement und wird vom Sozialministerium Baden-Württemberg gefördert. Von 1997 bis 2000 war der "Rat für Frauen" Modellprojekt des Landesnetzwerks.

Wie geht's weiter?

Inhaltlich wollen die Ansprechpartnerinnen vor allem frauenpolitisches Engagement stärker als bisher fördern. Um Frauen den Einstieg in die Kommunalpolitik zu erleichtern, beteiligt sich das Netzwerk seit 2002 am Projekt "Tandem in der Politik" der Landeszentrale für politische Bildung. Mit dem Ziel, Frauen bei ihrer Karriereplanung zu helfen, hat der "Rat für Frauen" im Jahr 2002 außerdem ein eigenes Mentoring-Projekt gestartet. Die Pilotphase des Projekts, bei dem Nachwuchskräfte von erfahrenen Frauen in Führungspositionen betreut und beraten werden, wird vom Landkreis Heilbronn finanziell unterstützt.

Weitere Informationen:
Landratsamt Heilbronn
Netzwerk "Rat für Frauen"
Koordinierungsstelle
Andrea Oppolzer
Lerchenstr. 40
74064 Heilbronn
Tel. 07131/994-166